// Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)//

## Freitag, 25. Februar 2022##

- Vorsitz von Herrn Gérard Larcher, Senatspräsident der Französischen Republik -

*Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.*

**Herr Gérard Larcher, Senatspräsident der Französischen Republik,** betont, wie schnell sich die Ereignisse überschlagen haben. Die Konferenz stehe unter dem verhängnisvollen Zeichen eines Kraftakts: Russlands militärische Invasion der Ukraine, die sich nur wenige Schritte von den Außengrenzen der Union entfernt befinde. Er bekräftigt die Solidarität der Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit der Ukraine, ihrer Regierung und ihrem Volk sowie das unerschütterliche Festhalten an der Unantastbarkeit ihrer Grenzen und ihrer territorialen Integrität. Er lege Wert darauf, dass die ukrainische Flagge im Plenarsaal des Senats neben der europäischen und der französischen Flagge als Zeichen der Solidarität zu sehen sei. Er fordert die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz auf, mit ihrem Applaus den Mut der Ukrainer gegenüber dem Unterdrücker zu würdigen.

(Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz erheben sich und applaudieren langanhaltend.)

Der Senatspräsident betont, dass das Überleben der Ukraine heute auf dem Spiel stehe, und erklärt, dass die Agenda der Konferenz umgeworfen, und beschlossen wurde, der Situation in der Ukraine eine Sondersitzung zu widmen, mit einer Rede des Botschafters dieses Landes in Frankreich.

Er hofft, dass am Ende dieser Sondersitzung eine Erklärung im Namen der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung aller nationalen Parlamente der Union und des Europäischen Parlaments im Konsens angenommen werden könne, in der der bedingungslose Rückzug der russischen Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet gefordert, eine Verschärfung der bereits gegen Russland verhängten beispiellosen Sanktionen gefordert und die Ukraine uneingeschränkt unterstützt werde.

Er betont, dass nicht nur die Sicherheit und die Unabhängigkeit der Ukraine bedroht seien. Es stehe auch die Sicherheit Europas auf dem Spiel; der Krieg sei vor der Tür. Die Europäische Union, die aufgebaut worden sei, um innerhalb ihrer Grenzen Frieden zu schaffen und zu fördern, sei außerordentlich erfolgreich gewesen. Sie müsse aber auch bereit sein, auf Aggressionen zu reagieren, sich Gefahren aller Art zu stellen. Er weist darauf hin, dass in Belarus, einem Regime, dessen Legitimität die Europäische Union nicht anerkenne, ein Referendum den Weg für die Stationierung von Atomwaffen ebnen solle.

Er erinnert daran, dass die Europäische Union den Gedanken an den Krieg lange Zeit verworfen habe, und weist darauf hin, dass sie sich dies heute nicht mehr leisten könne: Angesichts der aktuellen Herausforderungen seien die theoretischen Debatten und die Spaltungen, die sie manchmal beeinflusst hätten, nicht mehr sinnvoll. Man müsse eine pragmatische Entscheidung zugunsten der Effizienz treffen.

Er ruft zur Mobilisierung der militärischen Kräfte auf. Der NATO-Schirm biete zwar die besten Garantien für Abschreckung und Sicherheit, diese können jedoch durch die Schaffung einer europäischen Solidarität bei der Verteidigung noch verstärkt werden. Dies sei die Dringlichkeit.

Er betont, dass der Kampf gegen Desinformation sowie die Cybersicherheit und die Beherrschung des Cyberspace Herausforderungen darstellen, bei denen die Länder der Europäischen Union nicht mit gleichen Waffen kämpfen und nicht ausreichend vorbereitet seien. Er empfiehlt, Investitionen in die Verteidigung innerhalb der EU zu fördern und schlägt vor, einen Präferenzmechanismus für Investitionen im Sicherheitsbereich einzuführen, da dies der sicherste Weg zur Stärkung der industriellen Souveränität sei.

Er plädiert für eine Überarbeitung des Projekts „Europäischer Strategischer Kompass“, bei dessen Ausarbeitung die Parlamente zu wenig konsultiert worden wären. Diese Konferenz werde den fehlenden parlamentarischen Beitrag ermöglichen.

Er betont die Notwendigkeit, die Frage der Energieunabhängigkeit zu stellen.

In seinen Augen habe ein Leitsatz von Thukydides in *Die Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, einem Werk, das wieder zu einem Standardwerk der zeitgenössischen Geopolitik geworden sei, die Zeit überdauert: „Es liegt in der Natur des Menschen, diejenigen zu unterdrücken, die nachgeben, und diejenigen zu respektieren, die Widerstand leisten.“ Er äußert den Wunsch, dass die Ergebnisse der interparlamentarischen Konferenz zur Stärkung der Widerstandskräfte der Europäischen Union führen oder dazu beitragen werden.

Abschließend ruft er dazu auf, sich geschlossen um die Ukraine und die Werte von Freiheit und Demokratie zu stellen, da die Demokratien in Europa immer das letzte Wort haben. *(Applaus.)*

Frau Laetitia Saint-Paul, Stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung der Französischen Republik, bezeichnet die Entscheidung Russlands, seine Armee auf die Ukraine loszulassen, als kriegerischen Akt und schließt sich den Worten des Präsidenten der Republik an, für den dies „tiefgreifende, dauerhafte Folgen für unser Leben und die Geopolitik unseres Kontinents“ haben werde. Sie halte diese Aggression für inakzeptabel, unerträglich und äußerst gefährlich für den Frieden und fordere, wie auch das Staatsoberhaupt, dazu auf, „ohne Schwäche, mit kühlem Kopf, Entschlossenheit und Einigkeit“ darauf zu reagieren, indem man sich uneingeschränkt mit dem ukrainischen Volk solidarisch zeige.

Sie erinnert daran, dass Europa von seinen Gründungsvätern dem Frieden geweiht wurde: Frieden innerhalb seiner Grenzen, die ständig erweitert werden, aber auch nach außen durch die unermüdliche Förderung seiner Werte: Achtung der Grundrechte, Demokratie, Multilateralismus, Vorrang des Rechts vor der Gewalt, gemeinsamer Wohlstand und Fortschritt unter den Völkern.

Sie unterstreicht, wie sehr Europa, das dem Frieden geweiht sei, da es im Laufe seiner Geschichte von den Verheerungen des Krieges gelernt habe, mit zahlreichen Krisen konfrontiert sei: politisch, wirtschaftlich, energetisch, gesundheitlich oder ökologisch. Allen gemeinsam sei, dass sie jeweils eine Herausforderung an die Europäische Union, den Frieden und alle ihre Werte darstellten und diese Herausforderung angenommen worden sei.

Sie zählt die starken Aktionen der Europäischen Union auf, die sich für die junge ukrainische Demokratie eingesetzt habe: Entsendung einer zivilen Mission zur Unterstützung der Reformen; massive finanzielle Hilfe nicht nur für den Staat, sondern auch für die Zivilbevölkerung im Donbass; Sanktionen gegen Russland usw. Sie erwähnt auch die Sahelzone, wo die Europäische Union mehrere zivile und militärische Missionen, gekoppelt mit Entwicklungshilfe, gestartet habe, um den Staaten der Region zu helfen, sich gegen die Bedrohung durch Dschihadisten zu stärken. Sie weist auch darauf hin, dass die Europäische Union auf den Meeren und Ozeanen zur Stelle gewesen sei, um den Schutz und die Sicherheit auf hoher See zu gewährleisten. Schließlich lobt sie die Effizienz und Solidarität, die die Europäische Union bei der Bewältigung globalerer Herausforderungen bewiesen habe, wie dem Coronavirus mit der gemeinsamen Nutzung von über 400 Millionen Dosen Impfstoff oder dem Kampf gegen den Klimawandel mit einem *Green Deal*, der auf die CO2-Neutralität bis 2050 abziele.

Sie weigere sich, die Ukraine-Krise als Zeichen der Ohnmacht Europas zu sehen, und erinnert daran, dass frühere Krisen die Union nicht gespalten und geschwächt, sondern im Gegenteil dazu beigetragen hätten, sie zu vereinen und zu stärken. Sie habe keinen Zweifel daran, dass die Mitgliedstaaten und die Europäische Union in der Lage seien, gemeinsam Front zu machen und mit ihren Verbündeten Lösungen zu finden, die der Aggression, der sich Russland schuldig gemacht habe, angemessen seien. Sie sei zutiefst davon überzeugt, dass die Situation in der Ukraine, in der Sahelzone und anderswo ohne das Eingreifen der Europäischen Union noch viel schlimmer gewesen wäre.

Sie verweist auf zahlreiche Initiativen, die in den letzten fünf Jahren ergriffen worden seien, obwohl sie lange Zeit unmöglich schienen. Die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Ständige Strukturierte Zusammenarbeit sei am 11. Dezember 2017 eingeleitet worden. Die 2018 eingeleitete Europäische Interventionsinitiative ziele auf die Stärkung der strategischen Autonomie und der Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln der Mitgliedstaaten ab. Der Europäische Verteidigungsfonds ermögliche die Finanzierung von Projekten zur Fähigkeitenentwicklung, und die Europäische Friedensfazilität werde die gemeinsame Finanzierung von militärischen Fähigkeiten zugunsten von Drittstaaten fördern. All diese Initiativen haben das Europa der Verteidigung zu einer konkreten Realität werden lassen. Dazu bedürfe es jedoch eines Rahmens und eines Kurses. Dies sei der Zweck und die Ambition des Strategischen Kompasses.

Laut der Rednerin würden weitere, vielleicht noch schlimmere Krisen in neuen Gebieten auftreten, wie dem Weltraum oder dem Cyberspace, der Arktis oder der Tiefsee. Sie würden neue Waffen, wie Hyperschallwaffen oder Laser, und neue Akteure, wie private Sicherheitsfirmen, mit sich bringen.

Sie betrachte den Strategischen Kompass daher als eine wesentliche Antwort. Europa brauche eine gemeinsame Bedrohungsanalyse, eine gemeinsame Definition seiner strategischen Prioritäten und eine bessere Zusammenarbeit zum Ausbau seiner industriellen und operativen Kapazitäten. Insbesondere müsse es allen unternommenen Initiativen Kohärenz verleihen.

Sie betont die herausragende Bedeutung der europäischen Fähigkeit zur schnellen Einsatzbereitschaft, vor allem in der aktuellen Situation. Europa müsse in der Lage sein, überall dort, wo seine strategischen Interessen bedroht seien, schnell und autonom zu handeln. Strategische Autonomie sei weder eine Infragestellung der Rolle der NATO noch ein süßer Traum, sondern eine dringende Notwendigkeit, da sonst die zahlreichen gegenwärtigen und künftigen Krisen den europäischen Aufbau und sogar die Idee einer möglichen Union der europäischen Völker untergraben könnten.

Sie betont, dass die interparlamentarischen Konferenzen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), an denen sie manchmal teilgenommen habe, für die Information der nationalen Parlamente von entscheidender Bedeutung seien, und begrüßt die jetzige Konferenz als Beweis dafür, dass die Europäische Union auf dem Weg sei, die Covid-19-Krise zu überwinden. Sie sei sich sicher, dass Europa auch die anderen Krisen, angefangen mit der Ukraine-Krise, überwinden würde, und äußert den Wunsch, dass die Europäische Union gestärkt aus dieser französischen Ratspräsidentschaft hervorgehen würde. *(Applaus.)*

**Herr Christian Cambon, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte des Senats der Französischen Republik,** sehe in diesem Treffen eine Gelegenheit, die Einheit der Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz und ihre Verbundenheit mit den Werten der Union vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine, die die Sicherheit Europas als Ganzes schwäche, zu bekräftigen. So hoffe er, dass die Konferenz dazu beitrage, innerhalb und außerhalb Europas eine Botschaft der Einheit und gemeinsamen Entschlossenheit zu senden.

Aufgrund der außergewöhnlichen Umstände habe das Arbeitsprogramm grundlegend geändert werden müssen. Es sei beschlossen worden, der Situation in der Ukraine eine Sondersitzung zu widmen. Dies werde die Gelegenheit bieten, im Konsens eine Erklärung anzunehmen, die Einheit und Entschlossenheit angesichts der Aggression, der das Land derzeit ausgesetzt sei, zum Ausdruck bringe. Eine solche Botschaft sei entscheidend, um ihren Gegnern zu verdeutlichen, dass die Parlamente in Europa weder Illusionen noch falsche Zurückhaltung über die Herausforderungen eines solchen Konflikts haben: Sie müssen die Rückkehr des Krieges auf europäischen Boden zur Kenntnis nehmen und mit der gebotenen Schärfe reagieren. Frieden sei nie eine Selbstverständlichkeit und schon gar nicht eine Konstante. Es sei die Aufgabe der Vertreter der Völker Europas, die Verteidigungsbereitschaft zu fördern. Dies geschehe insbesondere durch Haushaltsentscheidungen. Die Verteidigungsbudgets seien schon zu lange geopfert worden. Man müsse die Augen für die Brutalität der Welt öffnen und alle Konsequenzen daraus ziehen. Nach der Rede des ukrainischen Botschafters habe jede Delegation die Möglichkeit, ihre Ansichten zur aktuellen Krise zu äußern.

Der Redner erinnert daran, dass das ukrainische Volk in Freiheit leben gewollt habe. Das Streben nach Glück und das Erbe der Aufklärung: Genau das sei es, was Herr Putin nicht ertrage und zerschlagen möchte. Das einzige Verbrechen des ukrainischen Volkes in den Augen des Kremls sei darin bestanden haben, zu frei, zu unabhängig und zu souverän zu sein.

Er betont, wie stolz die Länder der Europäischen Union darauf sein können, ihre demokratischen Institutionen am Leben zu erhalten, die angesichts der Brutalität des Verbrechens, dem die ukrainische Nation zum Opfer gefallen sei, mit neuer Entschlossenheit und Willenskraft verteidigt werden müssen. Mit diesem Kampfgeist lädt er die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz zur Teilnahme an den Arbeiten ein. *(Applaus.)*

**Herr Jean-Louis Bourlanges, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik,** betont die Bedeutung eines solchen Zusammentreffens für die Reaktion, die der europäische Kontinent auf den Angriff auf die Ukraine geben müsse. Er ruft dazu auf, die Grundlagen für ein entschlosseneres, aktiveres Europa zu schaffen, das besser in der Lage sei, die Herausforderungen, denen es sich gegenübersehe, zu bewältigen. Seiner Meinung nach könnte das, was seit dem Ende des Kalten Krieges als selbstverständlich galt, eine Illusion gewesen sein. Präsident Putin habe die Werte der Europäischen Union mit Füßen getreten: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und das wertvollste Gut, die Freiheit. Indem er zeigte, dass seine internationalen Verpflichtungen nur Papierfetzen gewesen seien, disqualifizierte der russische Präsident das Wort seines Volkes, das Wort seines Staates und sein eigenes Wort. Wladimir Putin werde erst aufhören, wenn er gestoppt werde.

Er ruft die Europäer zu einer zweifachen Revolution auf. Zunächst eine tiefgreifende Revolution: Während Europa entwickelt wurde, um die Kriegsparteien von gestern zu versöhnen, müssen diese sich heute vereinen, um ihre Werte zu verteidigen, die von außen angegriffen werden. Zweitens eine geopolitische Revolution der Macht: Es reiche nicht aus, in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorbildlich zu sein; das Recht müsse stark sein, um respektiert zu werden. In einer gefährlichen Welt, in der China humanistische Werte zutiefst bedrohe, der Islamismus furchterregend sei und Russland die Prinzipien, die es anerkennen sollte, missachte, müssen die Europäer ihre Weltanschauung ändern, sich vereinen und militärisch, technologisch, intellektuell, moralisch und vor allem politisch mobilisieren. Sie müssen einen stärkeren Kampfgeist an den Tag legen, da sonst ihre Werte verloren gehen.

Der Redner zitiert seinerseits Thukydides, der gesagt habe: „Es gibt kein Glück ohne Freiheit und keine Freiheit ohne Tapferkeit“, und schließt seine Rede mit einem Appell an die Tapferkeit. *(Applaus.)*

**Patricia Mirallès, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für nationale Verteidigung und Streitkräfte der Nationalversammlung der Französischen Republik,** möchte eine Lehre aus den aktuellen internationalen Ereignissen ziehen: Wenn Europa sich für eine Streitbeilegung durch Verhandlungen statt durch Krieg einsetzen wolle, müsse es sich die Mittel geben, um gehört zu werden. Hierfür seien die strategische Kohärenz und Autonomie der Europäischen Union eine Notwendigkeit. Die Welt von heute sei gefährlicher als die von gestern: Der Multilateralismus und die Sicherheitsarchitekturen, insbesondere in Europa, seien in ihren Grundfesten erschüttert, und die Ambitionen globaler oder regionaler Mächte würden sich nunmehr ungehemmt durchsetzen. Darüber hinaus vervielfältigen sich die Felder der Konfliktaustragung: vom Cyberspace bis zum Weltraum, vom Krieg um die Wahrnehmung bis zum Krieg um den Meeresboden.

Keine territoriale Rhetorik, keine Rhetorik, die die Geschichte zu ihrer Geisel macht, dürfe von der Unzulässigkeit der Verletzung der Souveränität der Ukraine ablenken.

Die NATO spiele eine wesentliche Rolle bei der Sicherung des Friedens und Europas. Die euro-atlantische Sicherheit dürfe jedoch nicht mit den Sicherheitsfragen der Europäischen Union verwechselt werden. So seien 40 % der Mitglieder der Europäischen Union und der NATO nicht Mitglied in beiden Organisationen. Auch wenn die NATO ein notwendiges und bemerkenswertes Mittel sei, das im Übrigen modernisiert und angepasst werden müsse, könne sie nicht das Bewusstsein der Europäischen Union für ihre eigenen strategischen Interessen und Sicherheitsbedürfnisse ersetzen.

Die Europäische Union sei eine Schicksalsgemeinschaft. Um nicht dem Appetit seiner Nachbarn ausgesetzt zu sein, müsse es den von Präsident Emmanuel Macron vorgegebenen Weg einschlagen: von einem Europa der Zusammenarbeit innerhalb seiner Grenzen zu einem mächtigen Europa in der Welt, das vollständig souverän und frei in seinen Entscheidungen sei. Der künstliche Gegensatz zwischen dem Europa der Verteidigung und der NATO müsse zurückgewiesen werden; Präsident Biden habe dies selbst eingeräumt.

Der Aufbau eines Europas der Verteidigung sei schwierig und ein langsam voranschreitender Prozess. Aber wie könnte es auch anders sein angesichts der Geschichte der europäischen Staaten, der Vielfalt ihrer diplomatischen Konzepte und der Heterogenität ihrer militärischen Mittel? Die Umstände verleiten dazu, schneller und stärker voranzugehen. Die Antwort werde der Strategische Kompass sein.

Die Bemühungen müssen sich auch auf die Konvergenz der operativen Kulturen der Staaten, die Konsolidierung der Zusammenarbeit im Bereich der Fähigkeiten und der industriellen und technologischen Basis der europäischen Verteidigung sowie auf die Standards konzentrieren. Die juristische Exzellenz der Europäischen Union müsse in den Dienst der Verteidigung gestellt werden.

Die Rednerin erinnert daran, dass die künftigen Generationen die heutige beobachten, und äußert ihre Überzeugung, dass diese Generationen mit Dankbarkeit auf alles blicken werden, was für den Aufbau eines starken Europas getan wurde. *(Applaus.)*

Herr David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, dankt dem französischen Senat für die Veranstaltung dieser zwanzigsten Konferenz in einer Zeit, in der der europäische Kontinent seine dunkelsten Stunden seit dem Zweiten Weltkrieg erlebe. Ein Land mit Atomwaffen habe einen seiner Nachbarn angegriffen und Vergeltung gegen jedes europäische Land versprochen, das ihm zu Hilfe eilen würde.

Das Europäische Parlament habe, wie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Aggression Russlands gegen die Ukraine verurteilt und sei der Ansicht, dass dieser Angriff auf die territoriale Integrität des Landes völlig ungerechtfertigt und illegal sei. Diese Aggression stelle eine Bedrohung für Europa, die regionale Stabilität und die Weltordnung als Ganzes dar.

Herr David McAllister meint, dass das Ziel dieses Angriffs nicht nur die Ukraine selbst, sondern auch die Demokratie als Modell sei, was die Europäer nicht gleichgültig lassen könne.

Er ist der Ansicht, dass Europa einen besser koordinierten Ansatz in der Außen- und Verteidigungspolitik benötige. Im Europäischen Parlament hätten Debatten zu diesen Themen stattgefunden, und das Parlament habe mehrere Vorschläge für Maßnahmen angenommen: Förderung von Partnerschaften; Verbesserung des Entscheidungsprozesses; Sicherung unserer strategischen Autonomie, insbesondere durch Verringerung unserer Abhängigkeiten; Entwicklung kohärenter regionaler Strategien weltweit. Hierzu brauche die Europäische Union eine Europäische Verteidigungsunion und die Einführung eines Strategischen Kompasses, wie er für das Frühjahr geplant sei.

Herr David McAllister schließt mit der Feststellung, dass die Demokratie im Mittelpunkt aller EU-Politiken stehe und die parlamentarische Dimension darin ihren vollen Platz einnehmen müsse. *(Applaus.)*

**Sondersitzung zur Lage in der Ukraine**

- Vorsitz von Herrn Christian Cambon, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte des Senats der Französischen Republik -

**Herr Christian Cambon, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte des Senats der Französischen Republik**, ruft den Botschafter der Ukraine in Frankreich auf die Tribüne. *(*Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz erheben sich von ihren Plätzen und applaudieren herzlich*.)*

Herr Wadym Omelchenko, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Ukraine in Frankreich, dankt dem französischen Parlament und der Konferenz für die Einladung, das Wort zu ergreifen. Dies sei ein Zeichen der Solidarität mit dem heldenhaften Volk der Ukraine.

Bevor er ein Bild der Lage in der Ukraine nach dem Beginn der Aggression durch Russland gibt, bittet er die Konferenz um einen Moment der Besinnung im Gedenken an die ukrainischen Soldaten auf der Schlangeninsel im Schwarzen Meer, die sich gestern zu ergeben geweigert hätten, und von russischen Truppen getötet worden seien.

(Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz erheben sich von ihren Plätzen und legen einen Moment der Besinnung ein.)

Herr Wadym Omelchenko gibt anschließend Informationen über die laufenden Kämpfe in seinem Land. Die ukrainischen Truppen leisten Widerstand und verteidigen sich; Soldaten und Zivilisten seien bei der Verteidigung ihres Heimatlandes gestorben. Der massive Angriff der regulären russischen Armee sei an einigen Orten gestoppt worden. In den Großstädten leben die Menschen in der U-Bahn. Auf dem Flughafen Kiew-Hostomel in der Nähe von Kiew fänden schreckliche Kämpfe statt; der Flughafen werde von der Flugzeugfirma Antonov für Tests genutzt und verfüge über eine lange Landebahn, die den Transport der russischen Truppen erleichtern würde.

Im Großen und Ganzen rücken die Russen vor, aber die ukrainische Armee kämpfe Schritt für Schritt. Im Donbass sei die russische Armee keinen Meter vorgerückt. In der Nähe von Charkiw oder Mariupol, im Brennpunkt erbitterter Kämpfe, sei die Lage komplizierter.

Herr Wadym Omelchenko erinnert daran, dass diese offene Aggression gegen die Ukraine tatsächlich im Februar 2022 und nicht 1941 stattfinde, aber wie im Zweiten Weltkrieg werde Kiew bombardiert. Er bestätigt, dass Russland nicht nur militärische Ziele, sondern auch Wohnviertel ins Visier nehme und am Himmel über Europa ballistische Raketen einsetze.

Er fügt hinzu, dass die russische Führung Adolf Hitler nachahme, indem sie ein Land einseitig und unter absurden Vorwänden angreife: Die Ukraine habe nie jemanden bedroht! Damit verstoße Russland gegen das Völkerrecht, nicht nur gegen die Charta der Vereinten Nationen.

Er gibt eine erste Bilanz der russischen Verluste, darunter den Tod von 800 Soldaten und die Zerstörung von sieben Flugzeugen, sechs Hubschraubern, dreißig Panzern oder 130 anderen gepanzerten Fahrzeugen. Diese Bilanz zeige das Ausmaß des russischen Angriffs.

Der Angriff gehe heute, Freitag, den 25. Februar, in weiten Teilen der Ukraine weiter, auch im Westen, nicht unweit von Odessa und an der moldauischen Grenze, doch das ukrainische Verteidigungssystem halte stand. Sowohl Belarus als auch Transnistrien dienen dieser Aggression als Basis, unter anderem zum Abschuss von Raketen. Das Leben von 44 Millionen Ukrainern sei somit bedroht, obwohl die ukrainische Gesellschaft friedlich und demokratisch sei.

Seiner Ansicht nach sei es das Ziel der Atommacht Russland, nicht nur den ukrainischen Staat zu zerstören, sondern auch eine eigene Welt zu schaffen, in der Europa nicht mehr existiere oder tief gespalten sei. In der verzerrten Sicht der russischen Führung, ihrer Vorstellungswelt, sei ihr „wehrloses“ Land von der Ukraine bedroht... Alexei Nawalny soll sich selbst vergiftet haben... Doch weder die Ukraine noch die NATO bedrohen irgendjemanden. Es handele sich also um eine Bedrohung für die ganze Welt, wie Putins Rede, in der er nur von Krieg sprach, deutlich gezeigt habe. Und auf diese universelle Bedrohung müsse auch die Antwort universell sein.

Er fügt hinzu, dass der Krieg auch hybride Formen annehme, und fordert die Europäer auf, den ukrainischen Medien zu vertrauen, da sie im Gegensatz zu vielen russischen Propagandamedien die Realität nicht verzerren und keine unverschämten Lügen verkünden würden!

Die Ukraine fordere alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Aggression zu stoppen. Sie fordere nicht die Entsendung von Soldaten und sei sich bewusst, dass sie allein gegen eine der größten Armeen der Welt stehe, allerdings habe sie Bedarf an beispielsweise Treibstoff für Militärfahrzeuge oder Blutspenden.

Für Herrn Wadym Omelchenko habe Russland einen strategischen Vorteil: Menschenleben zählen für seine Führer nichts! In der Ukraine - jedes Leben zähle -, während in Russland die Gesellschaft schweige und Tausende von Menschen sterben können, ohne dass sich die Führung darum kümmere.

Herr Wadym Omelchenko fordert den Westen auf, die Ukraine entschlossen zu unterstützen und die kriminellen Handlungen Russlands zu verurteilen, die unter streng juristischen Gesichtspunkten Terrorakte darstellen. Die Ukraine habe mehrere Forderungen: Erklärung einer Wirtschaftsblockade Russlands; Beendigung der europäischen Energieabhängigkeit von Russland; Blockierung russischer Fernsehsender und Medien, die die Bürger beeinflussen und sie in Zombies verwandeln wollen; sofortiges Einfrieren aller Bankkonten und Guthaben russischer Oligarchen und regierungsnaher Personen; Ausweisung russischer Botschafter; Bereitstellung von Mitteln zur Selbstverteidigung für die Ukraine.

Er schließt mit dem Hinweis, dass die Ukraine sich bewusst sei, dass sie für die ganze Welt kämpfe. (Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz erheben sich und applaudieren langanhaltend.)

Herr Christian Cambon, Vorsitzender, dankt dem Botschafter für seine Ausführungen und die Informationen, die er der Konferenz zur Verfügung gestellt habe. Er sichert der Ukraine die volle Unterstützung aller Delegationen in ihrer schwierigen Lage und angesichts der historischen Verletzung des Völkerrechts zu, deren Opfer sie und ihr Volk seien.

Er teilt der Konferenz mit, dass die Trio-Präsidentschaft und die Delegation des Europäischen Parlaments einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung vorbereitet haben, den die Konferenzmitglieder nunmehr diskutieren können, und der durch Konsens angenommen werden müsse.

Herr Pavel Fischer, Vertreter des Senats der Tschechischen Republik, dankt der Konferenzleitung dafür, das Tagesprogramm so gestaltet zu haben, dass dieses gravierende Thema diskutiert werden könne: der Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Russland sei der Aggressor; es treibe hier seine Schachfiguren voran, auch im Bereich der Information, wie es dies in der Vergangenheit bereits anderswo getan habe. Herr Pavel Fischer erinnert insbesondere an das Beispiel von Belarus, wo Journalisten, die sich gegen das Regime äußern wollten, durch Russen ersetzt worden seien... Er ist der Ansicht, dass viele andere Länder betroffen sein könnten, beispielsweise die Republik Moldau.

Herr Pavel Fischer ist der Ansicht, dass Sanktionen, die zum Zeitpunkt der Invasion verhängt worden seien, zwangsläufig zu spät kämen und dass schnell und entschlossen gehandelt werden müsse.

Schließlich macht er zwei Appelle. Einerseits dürfe die europäische Perspektive nicht vergessen werden, an der die Völker der Länder, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, festhalten - es sei keine Zeit mehr für lange Ausflüchte. Andererseits müsse der Strategische Kompass, der in einigen Wochen verabschiedet werden soll, neu kalibriert werden, um der russischen Bedrohung unserer Freiheiten Rechnung zu tragen. *(Applaus.)*

Frau Nathalie Loiseau, Vertreterin des Europäischen Parlaments, befindet zunächst, dass die Ukraine in Europa liege: Es handele sich also um einen europäischen Krieg! Außerdem werde die Ukraine gerade deshalb angegriffen, weil sie sich Europa zugewandt habe -nicht für das, was sie sei- und weil sie uns ähnlich sei. Es sei also auch die Demokratie, die auf diese Weise angegriffen werde.

Sie ist der Ansicht, dass Europa eine Verantwortung habe und nicht wegsehen dürfe. Generell sollte man aufhören, von „eingefrorenen“ Konflikten zu sprechen; wir hätten sie einfach vergessen und nicht genug getan, um sie zu lösen.

Sie fügt hinzu, dass letztlich niemand glauben wollte, dass Putin einen Krieg auslösen würde. Nun habe er aber die amerikanische Kriegsmüdigkeit gesehen, insbesondere anlässlich des Rückzugs aus Afghanistan, und das Zögern einiger in Europa, eine robuste europäische Verteidigung aufzubauen. Der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident hätten zu Recht versucht, Putin von einem Krieg abzubringen. Auf jeden Fall sei dieser Krieg die Entscheidung eines Mannes und er müsse die volle Verantwortung dafür tragen.

Sie ist der Meinung, dass die Europäische Union massive Sanktionen verhängen müsse und dass wir uns nicht fragen sollten, wie viel diese unsere Volkswirtschaften kosten würden. Wir dürfen nicht versagen, dies sei ein historischer Moment und andere Konflikte könnten etwa auf dem Balkan eskalieren, wenn Europa nicht aufpasse.

Abschließend erklärt sie ihre volle Solidarität mit der Ukraine und weist darauf hin, dass die Europäische Union auch die Sprache der Macht sprechen und sich Respekt verschaffen müsse. *(Applaus.)*

Herr Joël Guerriau, Vertreter des Senats der Französischen Republik, fragt, wie man die Demokratie in der Ukraine und die rechtmäßigen Behörden des Landes, insbesondere seinen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, am besten verteidigen könne. Europa und der Westen seien unvorbereitet gewesen und hätten geglaubt, dass ein Krieg nicht möglich sei. Die Illusionen wurden hinweggefegt! *(Applaus.)*

**Frau Ana María Botella Gómez, Vertreterin des Kongresses der Abgeordneten Spaniens,** erinnert daran, dass viele vor der vom russischen Präsidenten beschlossenen Aggression gedacht hätten, dass die Bedrohung nur hybrid sein würde.Letztendlich seien Raketen abgefeuert worden, Panzer und Flugzeuge rücken in die Ukraine vor und die Bevölkerung sei direkt getroffen. Dafür gebe es keinerlei Rechtfertigung!

Anschließend geht sie der Frage nach, warum die internationale Architektur, die nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam aufgebaut worden sei, diesen Albtraum nicht habe verhindern können. Dieser einseitige Krieg sei ein Problem für alle Europäer, die einen hohen Preis dafür zahlen, und für die ganze Welt; man müsse Putin zeigen, dass Verletzungen des Völkerrechts und der Souveränität eines Drittlandes nicht ungestraft bleiben dürften.

Sie fordert Europa auf, das Völkerrecht in größtmöglicher Einigkeit zu verteidigen und die Sanktionen zu verschärfen. Die Priorität sei der Schutz der ukrainischen Bevölkerung.

Sie ist der Ansicht, dass die Zivilgesellschaft angemessen informiert werden müsse, insbesondere über unsere Werte und Bündnisse, und dass sie auf solche Krisen vorbereitet werden müsse. Nachdem sie Diderot erwähnt hat, schließt sie mit dem Hinweis, dass Europa die Ukraine nicht aufgeben dürfe. *(Applaus.)*

Monika Gregorčič, Vertreterin der slowenischen Nationalversammlung, ist der Ansicht, dass die Bilder der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine sehr beunruhigend seien. So viele Menschen hätten bereits ihr Leben gelassen! Die Ukraine müsse unbedingt unterstützt werden.

Sie verurteilt diese Aggression, die einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle, aufs Schärfste und vertritt die Auffassung, dass gegen Russland härtere Sanktionen verhängt werden müssen, insbesondere indem strategische Sektoren ins Auge gefasst werden. Die internationale Gemeinschaft könne keine territorialen oder politischen Veränderungen akzeptieren, die eine Folge der Anwendung von Gewalt sei.

Sie fügt hinzu, dass diese Krise Auswirkungen auf die Sicherheit in Europa haben werde, insbesondere in den Westbalkanstaaten, wo Russland seit mehreren Jahren versuche, seinen Einfluss zu stärken. Deshalb müsse Europa geeint und stark sein.

Abschließend fordert sie die politische Isolierung Russlands und ruft die Europäische Union dazu auf, ihre Verteidigungsfähigkeiten gemeinsam mit der NATO zu stärken. Der Weg der Diplomatie müsse offenbleiben, aber von einer Deeskalation seien wir weit entfernt. *(Applaus.)*

Frau Roberta Pinotti, Vertreterin des italienischen Senats, erklärt sich mit dem Entwurf der gemeinsamen Erklärung einverstanden. Sie ist der Ansicht, dass der Schock immens ist, insbesondere nach der ergreifenden Schilderung des Herrn Botschafters der Ukraine in Frankreich.

Sie erinnert daran, dass die Signale seit mehreren Monaten besorgniserregend gewesen seien, aber niemand damit gerechnet habe, dass ein solcher Krieg auf europäischem Boden ausbrechen würde. Dies sei ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht und wir müssen die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine unterstützen.

Sie fordert Russland nachdrücklich auf, seine Truppen abzuziehen, und verlangt eine vereinte, feste und entschlossene Reaktion des Westens und schwere Sanktionen. Die NATO erwäge die Stationierung zusätzlicher Truppen an ihren östlichen Grenzen, aber, so fügt sie hinzu, eine kohärentere europäische Verteidigung wäre in einer solchen Krise von Vorteil, auch um die NATO zu stärken.

Sie schließt mit den Worten, dass Italien in Abstimmung mit seinen Verbündeten alles Notwendige tun werde, um diese Krise zu lösen, die von beispielloser Gefährlichkeit sei. (*Applaus.*)

Herr Bogdan Klich, Vertreter des polnischen Senats, begrüßt den vorgelegten Entwurf für eine Deklaration. Er dankt der französischen Ratspräsidentschaft dafür, eine Reihe von Ideen aufgenommen zu haben, die von Polen vorgeschlagen und von der tschechischen Delegation unterstützt worden seien.

Er weist darauf hin, dass Polen seit Anfang der 1990er Jahre auf der Suche nach einem neuen kooperativen Sicherheitsmodell sei. Es hätte vielversprechende Anzeichen dafür gegeben, dass er in der Region verwurzelt gewesen sei; doch leider habe Wladimir Putin ihn durch seinen Angriff auf die Ukraine obsolet gemacht. Der Dialog sei durch die Anwendung von Gewalt ersetzt worden.

Angesichts dieses neuen Kalten Krieges ist er der Ansicht, dass wir die Ukraine mit allen Mitteln, einschließlich Waffenlieferungen, unterstützen und ein robustes Paket von Sanktionen gegen die Russische Föderation verhängen müssen. Er fügt hinzu, dass die 2014 beschlossenen Sanktionen zu schwach gewesen seien. *(Applaus.)*

Er führt aus, dass diese Sanktionen sowohl politischer, handelspolitischer, wirtschaftlicher als auch finanzieller Natur sein müssen und dass Russland unter anderem aus dem Swift-System für Bankzahlungen ausgeschlossen werden müsse.

Er nimmt vorweg, dass die Ukraine nach dem Krieg einen echten Marshallplan verdienen würde. Er stellt fest, dass unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine seit 2014 dafür kämpfen, dass ihr Land der Europäischen Union beitrete, und dass wir die europäische und atlantische Einheit aufbauen und gleichzeitig Europa stärken müssen. Schließlich betont er, dass die Amerikaner an unserer Seite stehen müssen. *(Applaus)*

Herr Pål Jonson, Vertreter des schwedischen *Riksdag*, erklärt, dass Europa in diesen dunklen Stunden Russland eine harte und vereinte Antwort entgegensetzen müsse; dass es alles tun müsse, um das menschliche Leid zu lindern und die Sicherheitskräfte in der Ukraine zu unterstützen.

Zunächst einmal stellt er fest, dass Russland die Grundlagen der europäischen Sicherheit nicht akzeptiere. Er fügt hinzu, dass es für kleine Länder wie das seine von entscheidender Bedeutung sei, dass die Tür zu Europa und zur europäischen Sicherheit offenbleibe.

Anschließend begrüßt er die starke Führungsrolle der USA bei der Einigung des Westens und fordert mehr Europa für einen starken Gegenschlag.

Schließlich ist er der Ansicht, dass der Überfall auf die Ukraine niemanden überraschen könne, und fragt dann: War unsere Gegenreaktion nach der Invasion Georgiens hart genug? Was hat Europa nach dem Anschlag in Salisbury getan? Russland rücke immer weiter vor; nun habe Präsident Putin den Rubikon überschritten, und um ihn zu stoppen, sei eine starke und vereinte Reaktion erforderlich. *(Applaus.)*

Herr Martin Lidegaard, Vertreter des dänischen *Folketings*, dankt dem französischen Senat für die Organisation dieser interparlamentarischen Konferenz**.**

Er erklärt, dass das dänische Parlament gestern Abend übereingekommen sei, zusätzliche Beiträge an die NATO zu senden, insbesondere Polizeikräfte und Flugzeuge nach Polen und in die baltischen Staaten sowie Ausrüstung für die ukrainischen Streitkräfte. Er erklärt, dass Dänemark alle Länder nachdrücklich auffordere, es ihm gleich zu tun, wenn sie können.

Er unterstützt den mitgeteilten Entwurf der Erklärung in vollem Umfang. Er fügt hinzu, dass die Europäische Union auf ihre Energieunabhängigkeit hinarbeiten müsse, da die Gasexporte Russlands nach Europa letztlich die Kriegsindustrie von Herrn Putin antrieben. Er erinnert jedoch, dass die Länder der Europäischen Union die größten Importeure von russischem Öl und Gas seien.

Er sei Deutschland dankbar, dass es das Projekt Nord Stream 2 gestoppt habe. Wir können Nord Stream 1 nicht schon morgen einstellen, aber vielleicht könnte die Europäische Union einen Zeitplan aufstellen, um erneuerbare Energien zu entwickeln und ohne russisches Gas auszukommen: Das wäre, so schloss er, ein Mittel, um das Regime von Wladimir Putin ins Herz zu treffen. *(Applaus.)*

Herr Titus Corlӑţean, Vertreter des Senats von Rumänien, dankt seinerseits der französischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union und unterstützt im Namen der rumänischen Delegation die Annahme der vorgeschlagenen Erklärung.

Er unterstütze die Republik Moldau und Georgien. Er ist der Ansicht, dass ohne eine Gegenreaktion unsererseits Transnistrien das nächste Opfer sein werde.

Er versichert, dass Rumänien seit der illegalen Annexion der Krim die territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine unterstütze, trotz der Misshandlung der rumänischen Minderheit in der Ukraine. Er erneuert diese Unterstützung und fügt hinzu, dass die Invasion der Ukraine ein Verbrechen sei, das die Hinzuziehung einer internationalen Gerichtsbarkeit erfordere.

Er erinnert daran, dass seit gestern dramatische Ereignisse im Schwarzen Meer stattgefunden hätten. Die russischen Streitkräfte hätten die Schlangeninsel eingenommen, die nur vierundvierzig Kilometer von der rumänischen Küste und einem strategisch wichtigen Hafen entfernt sei. Russland, so seine Schlussfolgerung, befinde sich bereits an den Grenzen der NATO.

Konfrontiert mit Wladimir Putin, der Europa mit beispiellosen „Konsequenzen“ drohe, müsse man, so betont er, über eine umfassende Aktion zur Verteidigung der europäischen Werte nachdenken. *(Applaus.)*

Herr Radoslaw Fogiel, Vertreter des *Sejms* von Polen, drückt seine Solidarität mit der mutigen ukrainischen Nation aus, deren Soldaten erbittert kämpfen, um ihr Land zu retten.

Obwohl die russische Aggression gegen die Ukraine natürlich ein Akt der Barbarei sei, sei sie seiner Meinung nach das Ergebnis jahrelanger Naivität und Leichtgläubigkeit seitens der Europäischen Union.

Er ist der Ansicht, dass die Europäer in der Vergangenheit nicht alles getan hätten, um Wladimir Putin zu entmutigen, und dass sie die aufeinanderfolgenden Warnsignale überhört hätten. Der georgische Präsident hätte 2008 in Tiflis jedoch gewarnt, dass bald die Ukraine an der Reihe sein würde, gefolgt von den baltischen Staaten und Polen.

Die Europäische Union, so fügt er hinzu, habe lediglich erklärt, dass man den Standpunkt Russlands verstehen müsse und dass Wladimir Putin ein Partner sei, mit dem man verhandeln und Verträge besiegeln könne, wie beim Nord-Stream-Projekt. Seiner Meinung nach sei es darum gegangen, die Pläne der europäischen Wirtschaftskreise zu schonen.

Er hofft, dass die Europäische Union einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen werde, da sie Russland isolieren und von den Energieträgern, die Russland an sie verkauft, wie beispielsweise Gas, völlig unabhängig werden müsse. Das sei ein sehr ehrgeiziges Programm, räumt er ein, aber das sei der Preis für Freiheit, Demokratie und die Verteidigung der europäischen Werte, der nicht hoch genug sein könne. *(Applaus.)*

Herr Rainer Semet, Vertreter des Deutschen *Bundestags*, stellt fest, dass sich unsere Welt seit der Invasion in der Ukraine verändert habe. Kaum jemand hätte Putin zugetraut, so weit zu gehen; doch heute befinde sich Europa wieder im Krieg.

Er erinnert daran, dass Putin ganz einfach die Demokratie, die Freiheit und die Werte bekämpfe, für die Europa lange gekämpft habe und von denen es glaubte, dass sie auf seinem Boden nicht mehr bedroht sein würden.

Er stellt fest, dass die Welt angesichts Russlands zunehmend polarisiert sei und dass wir alles tun müssten, um unsere Werte zu verteidigen. Insbesondere müssen wir unsere Wirtschaftsbeziehungen, unsere Verteidigungsstrategie und unsere Partnerschaften mit befreundeten Ländern überdenken. Zum jetzigen Zeitpunkt, so schließt er, müsse man die Ukraine unterstützen und Druck auf Russland ausüben. *(Applaus.)*

Herr Chris Stoffer, Vertreter des niederländischen Abgeordnetenhauses, betont, dass der Überfall auf die Ukraine eine entschlossene Antwort Europas erfordere, da sie nicht ungestraft bleiben dürfe. Er fügt hinzu, dass sein Land das ukrainische Volk und den vorbereiteten Entwurf einer Erklärung unterstütze.

Er erinnert daran, dass sich die führende Politiker 2014 auf einem NATO-Gipfel dazu verpflichtet hätten, 2 % des nationalen BIP in die Verteidigung zu investieren. Seiner Ansicht nach sei es höchste Zeit, dieses Versprechen als ersten Schritt in Richtung unserer strategischen Autonomie einzulösen, da der Geist der Solidarität und Freundschaft, der seit dem Zweiten Weltkrieg vorherrscht, ganz offensichtlich nicht mehr ausreiche. Er weist darauf hin, dass die Niederlande ihre Verteidigungsausgaben bereits erhöht hätten, fügt jedoch hinzu, dass die Zeit dränge.

Abschließend zitiert er den Ralph Abernathy zugeschriebenen Satz, der an der Seite von Martin Luther King für die Bürgerrechte kämpfte: „Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, aber wir wissen, wer unsere Zukunft bestimmen wird“. *(Applaus)*

Frau Ventsislava Lyubenova, Vertreterin der bulgarischen Nationalversammlung, merkt an, dass die letzten Tage und Nächte uns die dunkelste Seite menschlicher Ambitionen gezeigt hätten. Sie ist der Ansicht, dass dieser Angriff auf Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nicht unbeantwortet bleiben dürfe und dass alle Länder, die mit der Ukraine befreundet sind, entsprechende Maßnahmen ergreifen müssen.

Sie erinnert daran, dass die Europäische Union geeint bleiben, weiterhin den Frieden fordern und die diplomatischen Kanäle offenhalten müsse. Wie alle anderen hier vertretenen Länder werde auch Bulgarien darüber nachdenken, wie es sich an humanitären Operationen beteiligen kann, indem es dem ukrainischen Volk wie auch den in der Ukraine lebenden Bulgaren die Hand reiche.

Bulgarien fordere Russland auf, die Militäroperationen sofort einzustellen und sich aus der Ukraine zurückzuziehen, um zu den Grundsätzen des Völkerrechts zurückzukehren. *(Applaus.)*

Herr Giorgos Karoullas, Vertreter des zyprischen Repräsentantenhauses, stellt fest, dass wir uns an einem Wendepunkt in unserer Geschichte befinden. Unsere Grundsätze und Werte seien durch die Verletzung der Integrität eines souveränen Staates bedroht, was an die dunklen Zeiten des Kalten Krieges erinnere. Es sei, so fügt er hinzu, die Stabilität von ganz Europa bedroht.

Gestern habe das zypriotische Parlament eine Resolution verabschiedet, in der es diese Aggression verurteilte und einen Waffenstillstand sowie den sofortigen Rückzug der russischen Truppen forderte. Er bestätigt, dass Zypern die territoriale Integrität der Ukraine unterstütze; aus Prinzip, so betont er, sei jede Verletzung des Völkerrechts zu verurteilen, ganz gleich, um welche Art es sich handele.

Er erklärt, dass die Türkei seit 47 Jahren 40% des zypriotischen Territoriums besetzt halte und dort einen Prozess der „Türkisierung“ betreibe, den Zypern ebenfalls verurteile.

Er bekräftigt, dass nur durch europäischen Zusammenhalt und echte Entschlossenheit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können, da die Europäische Union vereint und solidarisch sein müsse, um die Sicherheitsstrukturen zu stärken und die internationale Stabilität zu verteidigen. *(Applaus.)*

Herr Marko Mihkelson, Vertreter des estnischen *Riigikogu*, bedankt sich seinerseits beim französischen Senat für die Organisation dieses Treffens. Er freue sich über die Solidarität mit der Ukraine und fügt hinzu, dass wir diese nun in die Tat umsetzen müssen, indem wir unseren Worten Taten folgen lassen.

Er betont, dass die Kämpfe in der Ukraine unsere gemeinsame Zukunft bedrohen und dass gehandelt werden müsse, bevor Russland weitere Opfer fordere - Estland oder ganz Europa. Die Verbrechen, die in der Ukraine verübt werden, dürften nicht ungestraft bleiben.

Den 70 % der Ukrainer, die einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union wünschen, versichert er, dass die Ukraine willkommen sei, wenn sie die festgelegten Kriterien erfülle. *(Applaus.)*

Abschließend erklärt er, dass die nationalen Parlamente der Europäischen Union alles in ihrer Macht Stehende tun sollten, um unverzüglich humanitäre Hilfe in die Ukraine zu schicken. *(Applaus.)*

Herr Emanuelis Zingeris, Vertreter des litauischen *Seimas*, drückt seine Unterstützung für die Ukraine aus und fordert alle seine Kollegen auf, diesen Akt der Aggression aufs Schärfste zu verurteilen. Er fügt hinzu, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Ukraine der Europäischen Union beitreten könne, der russischen Diktatur Widerstand leisten und sie mit Sanktionen belegen müssen.

Er merkt an, dass alle politischen Parteien in seinem Land ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung wie auch mit der Ukraine als demokratischem und souveränem Staat zum Ausdruck gebracht hätten. *(Applaus.)* Diese Stunden riefen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg wach, und er denke an alle Opfer dieses Konflikts, angefangen bei den Juden.

Er betont die Notwendigkeit, der Ukraine alles zu schicken, was sie brauche, vor allem militärische Ausrüstung, und die notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu ergreifen. Schließlich fordert er die Parlamentarische Versammlung des Europarats auf, Russland aus dem Europarat auszuschließen. *(Applaus.)*

Herr Sergio Sousa Pinto, Vertreter der Versammlung der Republik Portugal, bezeugt der Ukraine die volle Unterstützung der portugiesischen Delegation. Er betont, dass die russischen Öl- und Gasexporte gestoppt werden müssen, wobei gleichzeitig starke und sofortige Sanktionen eingesetzt werden müssen.

Europa, so kündigt er an, müsse sich darauf vorbereiten, die Politik der Abschreckung wieder aufzunehmen. *(Applaus.)*

Herr Rihards Kols, Vertreter des lettischen Parlaments, verteidigt seinerseits die territoriale Integrität der Ukraine und unterstreicht die Notwendigkeit, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Jedes Parlament, jedes Land in der Union müsse entsprechende Maßnahmen ergreifen. Es sei von entscheidender Bedeutung, klar zu zeigen, auf welcher Seite man stehe.

In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass Belarus die russische Invasion unterstütze; dass das Land in zwei Tagen nach einem Referendum höchstwahrscheinlich als russisches Militärgebiet betrachtet werde und dass wir auch gegen Belarus Sanktionen verhängen müssten, und zwar mit der gleichen Entschlossenheit.

Er betont, dass Russland eine Autokratie sei, die sich ihren eigenen Illusionen hingebe, und dass die Invasion der Ukraine ganz Europa gefährden könne. Daher sei es seiner Meinung nach nicht der richtige Zeitpunkt, um über den Klimawandel zu sprechen.

Er fordert alle seine Kolleginnen und Kollegen auf, die Augen zu öffnen. In einer Zeit, in der Russland unsere demokratischen Werte angreife, müsse das Recht auf freie Meinungsäußerung angesichts der russischen Propaganda sinnvoll genutzt werden. *(Applaus.)*

Für **Herrn Gerard Craughwell, Vertreter des irischen Senats,** gleiche diese Konferenz einem Familientreffen, bei dem alle Mitglieder um eines besorgt seien, nämlich die Ukraine. Er erklärt, dass Irland an der Seite der Ukraine stehe, die Umsetzung massiver Sanktionen gegen Russland unterstütze und allen Ukrainern, die aus ihrem Land fliehen wollen, helfen wolle.

Er fügt hinzu, dass die Angreifer für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Die Europäische Union suche nicht nach Blutvergießen, sondern nach Frieden. Es gelte, Putin und seinen Gefolgsleuten den Geldhahn zuzudrehen, unsere Abhängigkeit von russischer Energie zu verringern, das Banken- und Finanzsystem des Angreifers zu treffen und bei der Verhängung energischer Sanktionen geeint zu sein.

Er erinnert daran, dass sich niemand gerührt habe, um Tschetschenien, Georgien oder die Krim im Jahr 2014 zu verteidigen. Worte seien nicht genug, jetzt komme es darauf an, dass wir gemeinsam und entschlossen handeln, betont er. Auch wenn Irland kein NATO-Mitglied ist, fordere er die NATO auf, einzugreifen, um russische Flugzeuge daran zu hindern, unschuldige Menschen zu bombardieren. *(Applaus.)*

Herr Ahmet Aydin, Vertreter der Großen Nationalversammlung der Türkei, betont die Bedeutung dieser Konferenz für die Sicherheit in Europa.

Zunächst widerspricht er energisch den Worten des Vertreters des griechischen Teils von Zypern, der von einer Invasion seitens der Türkei gesprochen habe: Die einzige Invasion, die es überhaupt gebe, sei die Besetzung aller Verwaltungs- und Regierungsfunktionen allein durch den griechischen Teil, meint er.

Anschließend bestätigt er, dass die Türkei die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine unterstütze. Die russische Position sei inakzeptabel und stehe mit keinem internationalen Text im Einklang. Sie stelle eine große Bedrohung für die Sicherheit der Region und der Welt dar.

Er versichert, dass die Türkei in völliger Übereinstimmung mit ihren Verbündeten stehe. Diese Krise beweise, dass sein Land ein unverzichtbares Mitglied der NATO darstelle. Er besagt, dass die europäische Sicherheitspolitik mit den Maßnahmen der NATO übereinstimmen müsse und diese nicht duplizieren, sondern ergänzen solle.

Er betont, dass Krisen nicht dadurch vermieden werden können, indem man die Grenzen schließe. Vielmehr sei es wichtig, Solidarität zu beweisen und die Zusammenarbeit auszubauen, denn Europas Sicherheit beginne jenseits seiner Grenzen. Er hofft, dass Frankreich, das den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehabe, alles Notwendige tun werde, um die politischen Probleme, mit denen die Türkei konfrontiert sei, zu lösen und neue Verteidigungsabkommen zu schließen.

Er fügt hinzu, dass sein Land den mitgeteilten Entwurf der Erklärung voll und ganz unterstütze. Abschließend dankt er der Konferenz dafür, dass sie die Türkei als Kandidatenland für den Beitritt zur Europäischen Union willkommen heiße.

Herr Bjarni Jonsson, Vertreter des isländischen Parlaments, äußert seine Betroffenheit über die in den letzten Tagen beobachteten Entwicklungen. Er erklärt, dass Island der russische Überfall auf die Ukraine verurteile, einen Akt der Aggression aus einem anderen Zeitalter, der gegen das Völkerrecht verstoße und verheerende Folgen habe.

Er gibt an, dass die erste Sorge darin bestehen sollte, zivile Opfer zu vermeiden. Kinder verdienten eine Zukunft. Aus diesem Grund fordere Island Russland auf, seine Truppen sofort abzuziehen. In einer Debatte im isländischen Parlament hätten alle politischen Parteien dem ukrainischen Volk ihre Unterstützung ausgesprochen.

Er ist der Ansicht, dass diese Krise die Europäer dazu veranlassen sollte, ihre Sicherheitssysteme zu stärken und größere Anstrengungen zu unternehmen, um sich die Mittel zu geben, derartige Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. In der unmittelbaren Zukunft, so erklärt er, müsse der Ukraine konkrete und pragmatische Hilfe geleistet werden.

Er dankt Frankreich dafür, die ukrainische Flagge neben der französischen und der europäischen Flagge aufgestellt zu haben - eine symbolische Geste der Solidarität. Abschließend hofft er, dass alle Regierungen starke Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine ergreifen werden. *(Applaus.)*

Herr Miodrag Lekić, Vertreter des Parlaments von Montenegro, erinnert daran, dass die Westbalkanstaaten der Europäischen Union beitreten möchten, wobei sie natürlich die festgelegten Kriterien erfüllen müssen**.**

Er erklärt, dass die Regierung Montenegros den Militärschlag Russlands verurteile und dass es nun an der Zeit sei, zu handeln, nicht zu reden. Er schlägt vor, sich am Motto von Auguste Comte zu orientieren: „Wissen, um vorherzusehen, vorhersehen, um handeln zu können“. Man müsse mit Wissen beginnen, um die Komplexität der Situation zu begreifen. Er halte eine diplomatische Lösung nicht für ausgeschlossen und begrüße die diesbezüglichen Bemühungen des französischen Präsidenten.

Schließlich erklärt er, dass Investitionen in die Sicherheit und den Wohlstand der Ukraine und der Westbalkanstaaten für Europa Investitionen in seine Sicherheit und seinen Wohlstand bedeuten. (*Applaus.*).

Herr Christian Tybring-Gjedde, Vertreter des norwegischen Parlaments, erklärt, dass Norwegen den Entwurf der Erklärung und die Umsetzung härterer Sanktionen gegen Russland unterstütze.

Er erklärt, dass die Krisen der Zukunft direkte und indirekte Aktionen, militärische und nichtmilitärische Interventionen vereinen werden. Es werde mehr Krisen geben; viele würden die Schwelle für eine militärische Intervention nicht erreichen, aber man müsse sich auch auf massive militärische Konfrontationen vorbereiten. Mit der Weiterentwicklung der Technologien würden Konflikte häufig hybrider Natur sein: Die Europäer müssen daher bei der Entwicklung ihrer Technologien und der Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben zusammenarbeiten - innerhalb der NATO, aber nicht nur dort.

Er lobt den ukrainischen Widerstand, der sich zur Verteidigung unserer westlichen Werte und Lebensweise erhebe. Er fügt hinzu, dass viele Menschen im Westen gerne in der Ukraine kämpfen würden, es sei jedoch zu befürchten, dass Putin dies zu Propagandazwecken ausnutzen werde, indem er erkläre, dass Russland die Ukraine vor solchen ausländischen Interventionen schütze.

Abschließend zitiert er Benjamin Franklin: „Wir müssen entweder zusammenarbeiten oder getrennt gehängt werden“. Es sei wichtig, gemeinsam zu handeln. *(Applaus.)*

Der Vorsitzende Christian Cambon schließt die Sitzung mit der Feststellung, dass ein Konsens über die Annahme des Entwurfs der Erklärung bestehe, die eine Botschaft der Unterstützung für die Ukrainer darstelle. Er hoffe, Putin werde verstehen, dass die Parlamente der europäischen Länder vereint und entschlossen seien, sich seiner Politik zu widersetzen, die das Völkerrecht mit Füßen trete und auf Methoden eines anderen Zeitalters zurückgreife, um dem Wunsch seiner Nachbarn nach Demokratie und Freiheit entgegenzuwirken. *(Applaus.)*

*Die interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nimmt den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung zur Lage in der Ukraine an.*

- Vorsitz von Jean-Louis Bourlanges, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik -

**Erste Sitzung – „Wie reagiert die Europäische Union auf die Krise in der Ukraine? “**

Jean-Louis Bourlanges, **Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung der Französischen Republik,** eröffnet die erste Sitzung, die sich der folgenden Frage widmet: „Wie reagiert die Europäische Union auf die Krise in der Ukraine? “

Éric Autellet, General der Luftstreitkräfte, Generalmajor der französischen Streitkräfte, stellt fest, dass der militärische Angriff Russlands gegen die Ukraine eine der schwersten Verletzungen der europäischen Sicherheitsordnung seit Jahrzehnten darstelle. Dieser Angriff, der von allen politischen Stellen und insbesondere von Präsident Macron mit Nachdruck verurteilt wurde, verhöhne das internationale Recht und untergrabe die Grundlage der von der Europäischen Union verteidigten Werte. Um seine Ziele zu erreichen, habe Russland zunächst auf Einschüchterungsmanöver und schließlich auf eine Militäroffensive gesetzt, mit der alle Länder vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

Während seit dem Ende des Kalten Krieges das Kontinuum aus Frieden, Krise und Krieg vorherrschte, erklärt Autellet, dass wir nun mit hybriden Strategien konfrontiert seien, die in Intervallen spielen und die Dualität nutzen, um Verwirrung zu stiften oder die Zuweisung von Handlungen zu erschweren und bis zur Konfrontation gehen.

Es entstehe ein neues Triptychon der Konflikthaftigkeit aus Konkurrenzkampf, Streitigkeit und Konfrontation. In einem Kontext, in dem bestimmte Staaten eine Enthemmung gegenüber den Regeln unserer Sicherheitsarchitektur spüren und nicht zögern, auf Einschüchterungsmanöver und Strategien vollendeter Tatsachen zurückzugreifen, um ihre Ziele zu erreichen, sei laut General Autellet der Konkurrenzkampf scheinbar zum Normalzustand internationaler Beziehungen geworden. Dieser übersteigerte Konkurrenzkampf könne sowohl zu offenen als auch verdeckten Streitigkeiten im Cyberspace oder Informationsbereich führen. Konfrontationen, wie die in der Ukraine, stellen das letzte Stadium dar, ohne die vorherigen Zustände auszulassen.

Es erscheine ihm von nun an notwendig, ja sogar lebenswichtig, unsere Solidarität, unseren Zusammenhalt und unsere Entschlossenheit zu zeigen. In militärischer Hinsicht müssten wir unsere Kooperation vertiefen und die Interoperabilität zwischen unseren Streitkräften ausbauen. Diesbezüglich lege der europäische strategische Kompass einen gemeinsamen Rahmen fest und definiere thematische und kalendarische Etappenziele. Der Stabschef der französischen Streitkräfte verschreibe sich diesem Rahmen, wenn er vorschlage, Pragmatismus im Ansatz der Operationen zu beweisen: Es sei angebracht, die Einsatzrahmen zu fördern, die den Mitgliedstaaten Spielraum zum Handeln ließen und gleichzeitig kompatibel mit dem zeitlichen Charakter ihrer Entscheidungsprozesse seien; er plädiere für *ad hoc*-Strukturen und strukturelle Kooperationen zwischen den Partnerländern, um an Reaktionsfähigkeit und Beweglichkeit zu gewinnen.

General Autellet ergänzt, dass wir die zeitgenössischen Bedrohungen realistisch angehen und unsere Art des Krisenmanagements überdenken müssen. Da sich diese weiterentwickelt haben, müssen wir ihre Verschärfung beachten, indem wir uns mit robusten Fähigkeiten ausstatten; das müsse uns mittelfristig ein Anliegen sein. Außerdem müssen die neuen Konfliktfelder beachtet werden: der Weltraum sowie der Cyberspace und Informationsbereich usw. Schließlich werde die Entwicklung einer gemeinsamen militärischen Expertise dazu beitragen, eine politische Reaktion auf diese neuen Herausforderungen zu erarbeiten.

Er schließt, indem er unterstreicht, dass die Ereignisse in der Ukraine eine Wende in der Geschichte Europas darstellen und dass sie Konsequenzen für die Geopolitik unseres Kontinents haben. Wir müssen unsere gemeinsamen Anstrengungen verfolgen und dabei den Zusammenhalt unserer Arbeiten schützen: die Kontinuität zwischen den vergangenen und den zukünftigen Präsidentschaften stelle, seiner Meinung nach, die Solidarität unter Beweis. Auf militärischer Ebene werde sich dieser Zusammenhalt in der gegenseitigen Ergänzung der Europäischen Union und der NATO als Grundlage unserer gemeinsamen Verteidigung auswirken. Außerdem müsse man sich Gedanken über die operationellen Ambitionen der Europäischen Union machen, die den politischen Ausdruck ihrer solidarischen Strategie darstelle und man müsse über neue Instrumente nachdenken, um sich den neuen Konfliktproblemen stellen zu können. *(Applaus.)*

Frau Alice Guitton, Generaldirektorin für internationale Beziehungen und Strategie im französischen Ministerium für die Streitkräfte, die per Videokonferenz zugeschaltet ist, unterstreicht, dass diese interparlamentarische Konferenz eine wesentliche Rolle dabei spiele, dass sich die Europäer die großen Sicherheitsfragen, denen sich der Kontinent stellen müsse, zu eigen mache.

Die Invasion der Ukraine stelle einen Wendepunkt dar. Nachdem er gelogen und vorgegeben habe, den Weg der Diplomatie einzuschlagen, habe sich Putin absichtlich für den Krieg entschieden und dabei die Charta der Vereinten Nationen und die Grundprinzipien der europäischen und internationalen Ordnung verletzt, ungeachtet der intensiven diplomatischen Bemühungen Frankreichs, der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten, einen friedlichen Ausweg aus der Krise zu finden. Frankreich verurteile diesen Akt nachdrücklich. Er sei nicht aus einer Provokation erfolgt, seine Begründungen entbehren jeder Realität und er versetze uns in eine Weltvorstellung zurück, die nicht die unsere sei.

Sie weist darauf hin, dass Frankreich voll und ganz solidarisch gegenüber der Ukraine sei und den Ukrainern zur Seite stehe. Ihre Freiheit sei auch die unsere. Frankreich verfolge seine Bemühungen, einschließlich der diplomatischen, in allen Instanzen, in der Europäischen Union, der NATO und der UNO usw., damit dieser Krieg aufhöre. Frankreich werde der Ukraine weiterhin wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Hilfe leisten sowie militärische Ausrüstung liefern.

Es sei entscheidend, dass die Europäer weiterhin ihre Einheit und ihren Zusammenhalt beweisen. Frankreich habe in den letzten Wochen ohne Unterlass seine Partner konsultiert und werde dies, trotz der Versuche die Europäer zu spalten, auch weiterhin tun. Mehr als je zuvor müssen die Verbündeten ihre Einheit und ihre Entschlossenheit gegenüber Russland unter Beweis stellen.

Guitton ist der Ansicht, dass die gestern vom NATO-Generalsekretär, von der Präsidentin der Europäischen Kommission und vom Präsidenten des Europäischen Rates abgehaltene Pressekonferenz ein sehr starkes Zeichen für diese Einheit darstelle. Sie merkt an, dass die Europäische Union vereint, entschlossen und schnell gehandelt habe. Ein erstes Sanktionspaket, das am Dienstag verabschiedet wurde, sei Mittwochabend in Kraft getreten. Donnerstagmorgen haben die 27 Mitgliedstaaten unmissverständlich ihre Verurteilung des Angriffs ausgedrückt. Der Europäische Rat habe Moskau harte Schläge versetzt: Die Sanktionen zielen auf bestimmte Personen, den Finanz-, den Energie- und den Verkehrssektor, russische Exporte sowie die Visumsausstellungen ab. Diese Sanktionen seien von bisher nie dagewesener Tragweite. Die Europäische Union werde der Ukraine ebenfalls eine beispiellose Hilfe von 1,2 Milliarden Euro leisten.

Sie erinnert auch daran, dass die NATO, als Verteidigungsbündnis, nicht aufgehört habe, Russland die Möglichkeit eines fordernden Dialoges anzubieten. Auch wenn kein Angriff gegen eines der Bündnismitglieder vorliege, halte sich die NATO für alle Eventualitäten bereit: Auf Grundlage von Artikel 4 des Nordatlantikvertrags haben Konsultationen stattgefunden und die Aktivierung der Pläne für eine schrittweise Reaktion seien beschlossen worden. Heute Nachmittag werde ein virtueller NATO-Gipfel stattfinden, um die Entwicklung der Situation weiter zu verfolgen.

Sie weist darauf hin, dass Frankreich seinen Beitrag an der vorgeschobenen NATO-Präsenz in Estland verstärken werde, die Stationierung von Soldaten in Rumänien beschleunigen werde und dass es bereit dazu sei, die Schnellen Eingreiftruppen aufmarschieren zu lassen, von denen es die Führung der Luft- und Landstreitkräfte zusichert.

Schließlich werde Frankreich Russland innerhalb der UNO zur Rechenschaft ziehen: Diese Krise sei nicht nur europäisch, sondern sie setze die Stabilität der internationalen Ordnung aufs Spiel.

Der russische Einfall müsse die Europäer dazu bringen, sich darüber bewusst zu werden, dass sich die Welt verändert habe und dass sie gewalttätiger werde. Diese Krise verdeutliche die Notwendigkeit eines strategischen Aufwachens der Europäer, das bereits eines der Ziele der französischen Präsidentschaft der Europäischen Union gewesen sei. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Verpflichtung erneuern, um sich eine solide operationelle Ambition zu verschaffen, die vom strategischen Kompass getragen werden könne, im Hinblick auf die Reduzierung ihrer Abhängigkeiten und die Verstärkung ihrer Resilienz... *(Die Verbindung ist aus technischen Gründen unterbrochen.)*

Jean-Dominique Giuliani, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Robert-Schumann-Stiftung, stellt fest, dass das Alleinsein der Ukraine, das jeder bedauere, nicht die Tatsache verdecken dürfe, dass die Europäische Union, in der sich ankündigenden Welt, auch allein sein werde. Wenn die Europäer die Zukunft Europas gestalten müssen, werden sie allein sein. Sicher, wir haben Verbündete, doch diese seien weit weg und es stehe ihnen nicht zu, an unserer Stelle zu entscheiden.

Die strategische Autonomie, erklärt er, sei die Möglichkeit unabhängig zu entscheiden und zu handeln. Dieses Konzept, das Frankreich sehr betont habe, sei umfassend; es betreffe unsere Resilienz, unseren Widerstand, aber auch unsere Fähigkeit allein zu entscheiden. Es sei Aufgabe der Europäer, betont er, selbst über ihre Zukunft und ihre Sicherheit zu entscheiden, ihre Position gegenüber der russischen Diktatur zu definieren, hinsichtlich technologischer, wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit das zu wählen, was sie wünschen usw.

Er erklärt, dass das Konzept der strategischen Autonomie, das manchmal nicht richtig verstanden werde, nicht bedeute, jede Allianz zurückzuweisen: Wir haben Verbündete, aber die besten Verbündeten seien immer die nächsten und nicht die, die entfernt seien. Die strategische Autonomie müsse eine Priorität für Europa sein. Um dorthin zu gelangen, müssen wir untereinander im Geiste der Solidarität diskutieren und dabei die Zukunft betrachten und uns bewusst darüber sein, dass nur wir allein über unsere Zukunft entscheiden werden. *(Applaus.)*

Für Herrn Nik Prebil, Vertreter der Nationalversammlung von Slowenien, müsse die Reaktion der Europäischen Union auf die Furcht erregende Invasion der Ukraine entschlossen und schnell sein, damit der russische Diktator die Wirkung der Sanktionen spüre und sein Volk ihn dazu bringe, diesen Angriff zu beenden. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen der Ukraine ihre volle Unterstützung geben.

Der junge, 30-jährige Abgeordnete erklärt, dass er sehr schockiert von dieser grausamen und verrückten Initiative gewesen sei, die lediglich darauf abziele, persönliche Interessen durch das Provozieren eines Blutbades zu vertreten und alles gefährde, an das die Europäer glauben.

**Herr Bojan Kekec, Vertreter des Nationalrats von Slowenien**, erklärt, dass sein Land die Situation der Ukraine perfekt verstehe. Slowenien sei vor dreißig Jahren in einer ähnlichen Position gewesen, dem russischen Angriff ausgeliefert. Er drücke den Ukrainern also sein volles Mitgefühl aus. Vereinbarungen zum Schutz gegen die nuklearen Bedrohungen seien essenziell, da die vorgeschlagenen Sanktionen nicht ausreichen. Er erinnert daran, dass die Freiheit und der Frieden keinen Preis haben. Ganz Europa, insbesondere die Länder im Osten, müsse handeln. Wenn die Europäische Union das Gebiet der Demokratie nicht ausweite, werden andere den Platz besetzen. So unterstütze Slowenien diese Erklärung.

**Herr Michael Gahler, Vertreter des Europäischen Parlaments**, ist der Meinung, dass angesichts der Zerstörungsbereitschaft des russischen Diktators eine vereinte und möglichst vollständige Reaktion notwendig sei. An erster Stelle müssen die Flüchtlinge aufgenommen und Russland aus dem SWIFT-System ausgeschlossen werden. Die Europäer werden diesen Winter nicht frieren, da sie über ausreichend Gas- und Ölvorräte verfügen. Daher fordere er die deutsche Bundesregierung dazu auf, ihre Position zu ändern.

**Herr Reinhold Lopatka, Vertreter des Nationalrats von Österreich**, schließt sich den Worten Gahlers an. Er erinnert daran, dass angesichts der Infragestellung der territorialen Integrität der Ukraine zwar in militärischer jedoch nicht in politischer Hinsicht Neutralität gefordert sei. Die europäischen Errungenschaften müssen geschützt werden, auch wenn die österreichische Verfassung an dieses Neutralitätserfordernis erinnere. Jedoch sei die Bevölkerung in Donezk, Luhansk und auf der Krim nicht angehört worden. Deshalb müsse Russland dazu gezwungen werden, diese Stimme zu hören: Alle Europäer müssen geschlossen auftreten und Sanktionen ergreifen. Lopatka bedankt sich bei allen Abgeordneten für das starke Zeichen, das heute gesetzt wurde. *(Applaus.)*

**Herr Juozas Olekas, Vertreter des Europäischen Parlaments**, erinnert daran, dass derjenige, der früher einmal „der Präsident“ genannt wurde, seit heute Morgen „der Kriminelle“ genannt werde und, dass es notwendig sei, denjenigen die Hand zu reichen, die die europäischen Werte in der Ukraine verteidigen und die einfache Maßnahmen fordern: Sanktionen, der Ausschluss aus dem SWIFT-System und militärische Unterstützung. Olekas fordert alle dazu auf, stark und vereint zu sein und umgehend zu handeln, da sie es den Ukrainern schuldig seien. Er appelliert an jeden in seinem Nationalparlament, sich daran zu erinnern, dass eine sehr große Entschlossenheit erforderlich sei und fordert, die bewilligte Summe zur Hilfe der Ukraine zu verdreifachen, da die aktuellen 1,2 Milliarden Euro nicht ausreichend seien. *(Applaus.)*

**Frau Alexandra Attalides, Vertreterin des Repräsentantenhauses von Zypern**, unterstreicht, dass das Unvorstellbare eingetreten sei: Krieg in Europa. Seit zehn Jahren schaue Europa Putin dabei zu, wie er immer aggressiver werde, er der dank der europäischen Energierechnung seine Kriegsmaschinerie zu finanzieren wusste. Es hätte nicht auf Beschwichtigung gesetzt werden dürfen, sondern seine brutalen Methoden hätten denunziert werden müssen. Sie fordere die größte Entschlossenheit gegenüber Putin und all jenen, die das internationale Recht verletzen. Eine Null-Toleranz sei notwendig. Europa müsse sich, was die Sicherheit betrifft, ab sofort um seine Autonomie bemühen. Attalides erinnert daran, dass Zypern seit siebenundvierzig Jahren illegal besetzt sei und dass es entschlossen an der Seite der Ukraine stehe.

**Frau Nathalie Loiseau, Vertreterin des Europäischen Parlaments**, bekräftigt, dass die Europäer keinen Krieg gegen Russland führen werden, da sie Krieg nicht mögen und nicht bereit dazu seien. Jedoch müssen sie sich darauf vorbereiten, die Demokratie zu verteidigen und insbesondere die schreckliche Debatte zu beenden, in der es um die Frage gehe, ob es mehr NATO oder mehr europäischer Verteidigung bedürfe, denn beide seien notwendig. Loiseau betont die Tatsache, dass die Ukraine nicht angegriffen worden wäre, wenn sie in der NATO gewesen wäre. Deshalb sei es entscheidend, sowohl die NATO als auch die europäische Verteidigung zu verstärken. Dies nicht zu verstehen, wäre ein Scheitern gegenüber der Geschichte und zukünftigen Generationen.

**Herr Kim Valentin, Vertreter des dänischen *Folketing***, vergleicht Putin mit einem Kind, das seine Klassenkameraden schikaniert. Er bedauert es, dass Putin die Welt als einen Pausenhof verwende. Daher scheine es notwendig zu sein, dass die Europäer ihre Schwäche nicht zeigen, wenn sie den Kampf gewinnen wollen. Ein Schikanierer lache über das Mitgefühl. Für ihn sei das nur ein Spiel. Putin schaue Europa beim Debattieren zu und werde sich nicht innerhalb einer Nacht ändern. Deshalb sei es, um einen großen Coup zu landen, dringend erforderlich, starke finanzielle Sanktionen zu ergreifen, gegen die Banken und die Guthaben der russischen Oligarchen und alle direkten Investitionen in Russland abzubrechen. Russland habe eine schwache Wirtschaft, die einen Krieg nicht lange finanzieren könne. Valentin schließt mit einem Appel an die Einheit der Europäer. *(Applaus.)*

**Herr Iñigo Barandiaran, Vertreter des Abgeordnetenhauses von Spanien**, drückt die gesamte Solidarität des baskischen Volkes gegenüber den Ukrainern aus; die Beleidigung, die ihnen zugefügt worden sei, sei eine Beleidung für jeden Demokraten. Er unterschreibe die Worte des Vorsitzenden Bourlanges, der eine starke und vereinte Reaktion forderte, indem er daran erinnerte, dass die Stärke aus der Einheit komme. Die Ukrainer hätten gesagt, dass sie allein seien, aber Barandiaran betont die Tatsache, dass sie auf die Unterstützung aller europäischer Abgeordneten und Völker zählen können, die ihnen alle notwendigen Hilfen, insbesondere humanitäre, liefern und ihnen helfen, diesen Krieg zu überleben. *(Applaus.)*

**Herr Reinhard Hans Bütikofer, Vertreter des Europäischen Parlaments**, teile jede von seinen Kollegen ausgedrückte Sympathie und Solidarität. Jedoch fordere er auch dazu auf, dass jeder die Fähigkeit haben sollte sich selbst zu hinterfragen. Er frage sich, wie die Europäer an diesen Punkt kommen konnten. Waren sie naiv? Vielleicht wollten sie die Entwicklungen, die im Gange waren und von einem revisionistischen Diktator geführt wurden, nicht sehen. Waren sie arrogant? Er frage sich schließlich, ob die Warnungen der Staatsangehörigen Osteuropas nicht schlicht und einfach ignoriert wurden. Deshalb bitte er jeden darum, seine Wahrnehmung wirklich zu ändern. *(Applaus.)*

- Vorsitz von Frau Patricia Mirallès, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für nationale Verteidigung und Streitkräfte der Nationalversammlung der Französischen Republik -

**Herr Konstantinos Gioulekas, Vertreter des Parlaments von Griechenland**, unterstreicht, dass die Bevölkerung seines Landes eine ähnliche Situation erlebt habe, wie jene, welche die Ukraine aktuell erlebe. Die internationale Gemeinschaft und Europa werden mit ihrer Verantwortung konfrontiert, da die geopolitischen Fragen – Achtung der Verträge und des Rechts auf ein freies Leben – und die Energiefragen entscheidend seien. Er betont, dass Griechenland an erster Stelle die territoriale Integrität und die Souveränität aller Mitgliedstaaten respektiere. Wie bei dem illegal von der Türkei besetzten Zypern sei die Situation traumatisierend. Deshalb appelliere er an alle NATO-Partner, um angemessen auf den Angriff zu reagieren und an Europa, um eine autonome Strategie zu entwickeln und zu zeigen, dass es dazu in der Lage sei, mit diesen Angriffen und der Infragestellung der internationalen Verträge und Grenzen umzugehen.

**Herr Marko Mihkelson, Vertreter der *Riigikogu* von Estland**, denkt, dass die Zeiten der Worte vorbei seien und dass gehandelt werden müsse. Estland habe entschieden, den Kämpfenden mehr Munition und Ausrüstung zu schicken. Er äußere den Wunsch, dass Deutschland und Finnland sich einverstanden zeigen und Estland helfen, die Waffen zu schicken. Schließlich lade er jeden anständig dazu ein, zu untersuchen, wie die russischen Propagandakanäle in Europa blockiert werden können und die Freiheit der Meinungsäußerung besser geschützt werden könne. *(Applaus.)*

**Herr Piero Fassino, Vertreter der Abgeordnetenkammer von Italien**, verurteilt ohne Zögern die Ereignisse in der Ukraine. Dieser inakzeptable Angriff sei ein Versuch, zu der Theorie eingeschränkter Souveränitäten zurückzukehren. Dieser werde übertragen durch Russlands Wunsch, wieder die Kontrolle über bestimmte Regionen Europas zu übernehmen und zum Kalten Krieg zurückzukehren. Er fordert, dass eine solche Strategie kategorisch von Europa verweigert werde. Die Europäische Union müsse die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sicherstellen und dieses Land müsse schnellstmöglich in die europäische Politik aufgenommen werden, da es wissen müsse, dass es zur Familie der Demokratien gehört.

Herr Fassino ergänzt, dass die härtesten Sanktionen notwendig seien: Es bedürfe einer gemeinsamen europäischen Strategie der Diversifizierung von Energieressourcen, um die Versorgung, die aus Russland kommt, zu reduzieren und um harte Sanktionen verhängen zu können. Er schließt, indem er daran erinnert, dass dieser Konflikt einen bedeutenden Strom von Flüchtlingen verursacht habe, die in allen Mitgliedstaaten aufgenommen werden müssen, wodurch Solidarität unter Beweis gestellt werde. *(Applaus.)*

**Herr Maximilian Krah, Vertreter des Europäischen Parlaments**, schlägt eine Reihe von Überlegungen vor, um eine hilfreiche, schlagfertige Antwort zu entwickeln, da die Sanktionen wirksam sein müssen und nicht kontraproduktiv. Vor einer übereilten Handlung scheine eine Auswertung notwendig zu sein. Es müsse vor allem vermieden werden, Russland in die Arme Chinas zu drängen. Krah beruft sich auf Talleyrand, der dazu geraten hatte, seinen ersten Bewegungen zu misstrauen: Sie wären vielleicht edel, seien aber nicht die Weisesten.

**Herr Andrius Mazuronis, Vertreter der *Seimas* von Litauen**, erinnert an die Worte von Selenskyj, laut denen die Ukraine allein diesem faschistischen und verrückten Angriff, diesem kriminellen Regime Russlands, gegenüberstehe. Militärische, wirtschaftliche, humanitäre Hilfe sei notwendig, ebenso wie absolut heftige Sanktionen. Aber diese Sanktionen kommen trotz der Versprechungen nicht an. Er ergänzt, dass die russische Föderation isoliert und von allen internationalen, parlamentarischen Aktivitäten ausgeschlossen werden müsse. Er bedauert es, dass dieser Ausschluss nicht schon früher stattgefunden habe, nach den Ereignissen in Tschetschenien, Georgien und auf der Krim. Schließlich bekräftigt er, dass es morgen zu spät sei. *(Applaus.)*

**Frau Assita Kanko, Vertreterin des Europäischen Parlaments**, erinnert daran, wie schockierend diese Ereignisse seien und wie sehr die Tatsache, in Frieden zu leben, ohne Krieg, in einer Demokratie, die geprägt sei vom Geist der Aufklärung, für uns selbstverständlich sei. Sie betont, dass wir in Wirklichkeit unsere Freiheit jeden Tag schützen müssen.

Frau Kanko bedauert, dass die Europäer aufgrund ihrer Abhängigkeit von Energie in Mehl gewälzt wurden. Deshalb begrüßt sie das Projekt von Macron, die europäische Energieunabhängigkeit zu verstärken. Sie ergänzt, dass wir auch gegenüber dem Gift des radikalen Islam, der im Gegensatz zur europäischen Freiheitsidee stehe, wachsam bleiben müssen. Die europäischen Werte zu verteidigen sei essenziell, insbesondere wenn die nächsten Länder auf dem Spielen stehen. *(Applaus.)*

**Herr Bastiaan van Apeldoorn, Vertreter der Ersten Kammer der Niederlande**, ist der Ansicht, dass der brutale russische Überfall auf die Ukraine die grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts verletze, insbesondere das Erfordernis des Nicht-Angriffs. Er beschreibt einen russischen Präsidenten, der einen Krieg aus seinem Palast im Kreml, in vollkommener Sicherheit, auslöst, während Zivilisten massakriert werden. Europa müsse daher nachdrücklich reagieren und Moskau müsse den zu zahlenden Preis verstehen. Er erinnert daran, dass zahlreiche Russen diesen Krieg nicht wollen und dass um jeden Preis der diplomatische Weg eingeschlagen werden müsse. Er wünsche sich einen Rückzug der russischen Truppen, um die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine wieder herzustellen. Er schließt, indem er fragt, wie man auf den diplomatischen Weg zurückkehren könne, um einen Ausweg aus dem Konflikt zu finden.

**Herr Kacper Płażyński, Vertreter des *Sejms* von Polen**, weist darauf hin, dass in Folge der Ankündigung der Sanktionen die russischen Märkte bereits 20 % verloren hätten. Er bedauert es, dass bestimmte Länder den Ausschluss aus dem SWIFT-System ablehnen, insbesondere Deutschland. Er ist der Ansicht, dass der deutsche Energiesektor teilweise für die aktuelle Situation verantwortlich sei und dass er die Verhängung dieser Sanktionen blockiere. Er erinnert daran, dass die SWIFT-Sanktionen 2012 dem Iran auferlegt wurden, obwohl der Iran keinen Krieg geführt habe, während Putin heute Kriegsverbrechen begehe, die Europäer herausfordere und sie mit nuklearen Angriffen bedrohe. Er fordert, dass wir besonders auf die persönliche Situation Selenskyjs achten und schließt, indem er die Position Deutschlands kritisiert, die er als beschämend bezeichnet.

**Frau Zeljana Zovko, Vertreterin des Europäischen Parlaments**, weist darauf hin, dass sie, wie alle Kroaten, die Gewalt dieses Konflikts am eigenen Leib spüre. Sie sei selbst geflüchtet und habe geliebte Menschen verloren. Sie erinnert an ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk und mit allen Familien, die leiden. Sie fordert alle dazu auf, vereint zu bleiben und die Ukrainer nicht im Stich zu lassen und unterstreicht dabei, wie wichtig es sei, schnellstmöglich wieder einen diplomatischen Weg einzuschlagen. *(Applaus.)*

**Herr Pavel Fischer, Vertreter des Senats der Tschechischen Republik**, weist darauf hin, dass die russischen Geheimdienste in Europa sehr aktiv seien. Er informiert das Publikum darüber, dass die tschechische Regierung Dutzende russische Agenten aus seinem Land ausgewiesen habe und dass bedeutende Munitionslager entdeckt worden seien, die den wachsenden Einfluss Russlands im Herzen Europas, in den Unternehmen, den Mediengruppen und gegenüber Personen des öffentlichen Lebens verdeutlichen. Deshalb lädt er alle Abgeordneten dazu ein, in Bezug auf die Spionageakte Russlands und seiner Spione sehr wachsam zu sein und entsprechend zu handeln. *(Applaus.)*

**Herr Titus Corlățean, Vertreter des Senats von Rumänien**, ist der Meinung, dass die Europäer den Preis für eine zu geschwächte und seit März 2014 nicht genug geeinte Position zahlen; er bezeichnet die damaligen Diskussionen über die gegenüber Russland zu ergreifenden Sanktionen als reinen Witz. Die Reaktion seien nach den militärischen Ereignissen in der Republik Moldau, Georgien und der Ukraine nicht angemessen gewesen. Daher fordert er, dass Europa und seine NATO-Verbündeten eine klare, vereinte und kohärente Stimme erklingen lassen und dass Europa der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien eine echte europäische Perspektive anbiete und erinnert dabei daran, dass die Balkanstaaten ebenfalls Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit sein müssen, da sie unter bedeutenden Auswirkungen dieses Konflikts leiden könnten.

**Herr Costas Mavrides, Vertreter des Europäischen Parlaments**, unterstützt die einstimmige Verurteilung des Angriffs gegen die Ukraine und fordert schnelle und entschlossene Sanktionen gegen den Kreml und gegen Putin selbst. Es handele sich um eine offenkundige Verletzung des internationalen Rechts und um einen neuen Angriff gegen die demokratischen Werte. Mavrides erinnert an die Begriffe der Erklärung, die die Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität der Länder fordere und empört sich festzustellen, dass Erdoğan, im Namen der Türkei, Unterzeichner sein soll; er wirft ihm echte Heuchlerei vor, betrachte man nur die Situation Zyperns. Er fordert inständig den Aufbau einer strategischen europäischen Autonomie, in der Frankreich die Führung übernimmt. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei Frankreich für die Organisation dieser Konferenz.

**Herr Cesár Sánchez Pérez, Vertreter des Abgeordnetenhauses von Spanien**, betont, dass diese Krise die ganze Welt betreffe: Dieser Angriff gegen ein souveränes Land gefährde die Sicherheit Europas und der gesamten Welt. Spanien respektiere die Verträge und mit dem Angriff der territorialen Integrität der Ukraine werde auch die Integrität aller Staaten angegriffen. In seinen Augen sei die Zeit für Reflexionen und Analysen vorbei und eine entschlossene Aktion sei gefordert, im Namen der Demokratie und der Freiheit.

**Herr Vito Petrocelli, Vertreter des Senats von Italien**, erinnert an die Bilder der Bomben, die auf die Ukraine fielen. In seinen Augen haben auch die europäischen Abgeordneten Fehler begangen und seien somit ebenfalls schuldig. Acht Jahre lang haben sie die Ereignisse im Donbass ignoriert; die ukrainischen Behörden, haben ebenfalls die Augen vor der Handlung der Russen in dieser Region verschlossen. Letzten Endes wünscht er sich, dass die Stimme der Diplomatie sich wieder Gehör verschaffen könne, weil sie das beste Mittel sei, um der Ukraine zu helfen. Dabei erinnert er daran, dass, so schwer die Entscheidungen auch sein mögen, die die Ukraine treffen werde, so beständig müsse die Unterstützung der Europäer sein.

**Herr José Ramó Bauzá Díaz, Vertreter des Europäischen Parlaments**, ist der Meinung, dass Europa in einigen Tagen sein Gesicht ändern werde. Seit siebzig Jahren habe es keinen Krieg mehr gegeben. Es obliege Europa, der Ukraine zu helfen, indem Russland wirtschaftliche Sanktionen auferlegt werden und indem der Ukraine das angeboten werde, was Putin ihr verweigert: eine echte europäische und transatlantische Perspektive. Heute stehe die Ukraine in Flammen. Es liege in der Verantwortung von allen, die Werte zu verteidigen, die nach dem Fall der Berliner Mauer triumphiert haben: die Demokratie und der Rechtsstaat, die Solidarität und die Freiheit. Bauzá Díaz fordert schnelles Handeln und keine weiteren Toten. *(Applaus.)*

**Frau Isabel Meireles, Vertreterin der Versammlung der Republik Portugal**, erinnert an den Lärm der russischen Stiefel an der ukrainischen Grenze, während russische Cyberattacken und Propaganda die Oberhand gewinnen. Sie erinnert an die Drohbotschaften, die von russischen Hackern verbreitet wurden, insbesondere auf den digitalen Portalen der ukrainischen Regierung, die bereits 2015 und 2017 angegriffen wurden. Russland vernichte auch die Daten. Meireles fordert, dass die Europäische Union und die europäische Verteidigungsagentur (EDA) eine weitaus energischere Politik führen.

**Herr Gary Gannon, Vertreter des Repräsentantenhauses von Irland**, bringt die Solidarität des irischen Volkes mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck. Vor den Toren Europas habe ein Monster einen Angriff gegen die europäische Demokratie gestartet. Die Reaktion müsse schnell und hart sein. Es bedürfe keiner Verstärkung, sondern einer sofortigen starken Reaktion.

Die Europäische Union sei ein Projekt des Friedens und der Freiheit. Es sei die Verantwortung der Europäer, sich daran zu erinnern, woher sie kommen und niemals Kompromisse für ihre Freiheiten einzugehen. Die europäischen Länder können einen Boykott gegenüber Russland beschließen. Letzten Endes prangert Gannon die russischen Botschafter an, die falsche Informationen verbreitet haben und fordert dazu auf, sie aus der Europäischen Union auszuweisen. *(Applaus.)*

**Herr Rafael Damián Lemus Rubiales, Vertreter des Senats von Spanien**, erinnert daran, dass der kommende 26. April den 85. Jahrestag der Bombardierung der Nazis gegen die verteidigungslose Bevölkerung von Guernica markiere. Damals habe das demokratische Spanien die Hilfe von Europa erbeten. Doch Europa habe sich nicht gerührt. Diese ausbleibende Reaktion habe dem Nationalsozialismus Flügel gegeben.

Heute seien Schmerz, Terror und Tod gesät worden. Der Frontalangriff gegen die Prinzipien Europas, der in der Ukraine verübt wurde, das erste Mal seit dem zweiten Weltkrieg, müsse die Europäer zu Zusammenhalt und Einheit bewegen. Sie müssen Russland daran hindern, Geschäfte zu machen und es zunächst wirtschaftlich ersticken, selbst wenn die europäischen Wirtschaften dafür bezahlen müssen. Sich zu bekämpfen ziehe unweigerlich Schmerz und Opfer nach sich. *(Applaus.)*

**Frau Rasa Jukneviciene, Vertreterin des Europäischen Parlaments**, bekräftigt, dass Wladimir Putin ein Kriegsverbrecher sei, der vor einem Gericht erscheinen werde. Sie berichtet, dass ein ukrainischer Soldat, Vitali Skakoune, sich geopfert habe, um eine Brücke zu sprengen und so russische Panzer am Passieren hinderte. Sie fordert die Europäer auf, schnellstmöglich Waffen in die Ukraine zu senden.

Die Botschaft müsse sehr deutlich sein: Die Ukraine gehört zur Europäischen Union. Die Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO müssen eine vereinte pro-ukrainische Front bilden. Ein solches Netz würde die Koordination von Aktionen ermöglichen. Jukneviciene ist der Meinung, dass die Europäer alles machen müssen, um den Fall Wladimir Putins zu beschleunigen. Und zum Schluss: Es lebe die Ukraine! *(Applaus.)*

**Herr Akif Çağatay Kılıç, Vertreter der Großen Nationalversammlung der Türkei**, drückt seine Solidarität gegenüber dem ukrainischen Volk aus. Seiner Meinung nach sei die territoriale Integrität der Ukraine unantastbar. Er ruft dazu auf, die Bemühungen nicht unnötig zu verdoppeln, sondern zusammen zu agieren und hofft dabei, dass das für den Nachmittag angesetzte Treffen der NATO-Führungskräfte es ermögliche, eine sehr klare Botschaft zu senden.

Die griechischen Zyprer und die Griechen haben die Türkei erwähnt. Die in Zypern stationierten türkischen Streitkräfte seien dort, um sie zu beschützen, unterstreicht er.

**Herr Andrija Nikolić, Vertreter des Parlaments von Montenegro**, erinnert daran, dass er aus einem Land komme, dass 2016 aufgrund seiner Intention NATO-Mitglied zu werden, laut John Kerry, in der Schusslinie zwischen dem Westen und Moskau gelegen habe. Trotz des russischen Drucks habe Montenegro seine proatlantische Orientierung verteidigt.

Ein Angreifer müsse verfolgt und bestraft werden. Nikolić beschwört seine Kollegen, nicht zu vergessen, was im Balkan passiert sei. Wird der Angreifer in der Ukraine Halt machen oder wird er einen weiteren Konflikt auslösen, zum Beispiel im Balkan? Die Situation müsse sehr ernst genommen werden, falls nicht werden die Konsequenzen dramatisch sein, warnt er. *(Applaus.)*

**Herr Nuno Carvalho, Vertreter der Versammlung der Republik Portugal**, versichert, dass die russische Offensive über die Ukraine seit langem gut vorbereitet gewesen sei. Putin habe wichtige Goldreserven angelegt und habe den Umtausch in Dollar von 40 % auf 16 % reduziert. Er sei bereit, sich den Sanktionen zu stellen. Carvalho fordert die Europäer dazu auf, ihre Überlegungen nicht auf diesen Angriff zu begrenzen, sondern sich auf die nächste Offensive vorzubereiten, die einen Krieg der anderen Art nach sich ziehen werde. *(Applaus.)*

**Herr Sergey Lagondinsky, Vertreter des Europäischen Parlaments**, erinnert sich daran, dass er vor nur einem Monat erklärt habe, dass die Europäer vergessen haben, was es bedeute, Helden gegenüberzustehen. Heute stehen sie einem imperialistischen Dämon gegenüber. Er fordert zerstörerische Sanktionen gegen Russland, gemessen an der Zerstörung, die sein Angriff gegen die Ukraine nach sich ziehe, auch wenn diese Sanktionen schmerzhaft für die Europäer seien.

Lagondinsky fordert seine Kollegen dazu auf, ihren Blick nach Polen zu richten und es zu unterstützen, insbesondere in der Aufnahme der ukrainischen, weißrussischen und russischen Flüchtlinge. Er fordert, dass die Europäer sie nicht vergessen, und auch nicht vergessen, was sie dem ukrainischen Volk schulden, das humanitäre Hilfe benötige. *(Applaus.)*

**Herr Utku Çakırözer, Vertreter der großen Nationalversammlung der Türkei**, erklärt, dass er den Angriff Russlands gegen die Ukraine entschieden verurteile. Er fordert die Europäer dazu auf, nicht zu vergessen, dass der bisher gewählte Ansatz unzureichend gewesen sei und dazu, gemeinsam mit dem Balkan und der Türkei zu agieren.

Ein geteiltes Zypern sei in die Europäische Union aufgenommen worden, beklagt er, und jeder habe festgestellt, inwiefern dies ein Fehler gewesen sei. Er befindet es als beschämend, dass die zypriotischen oder griechischen Vertreter diese Konferenz nutzen, um ihre Situation anzuprangern. Er erinnert daran, dass kein Vertrag über die Ukraine unterzeichnet worden sei, der dem gleiche, der für Zypern gelte.

**Herr Pavel Popescu, Vertreter der Abgeordnetenkammer von Rumänien**, erzählt, dass seine Urgroßmutter Ukrainerin gewesen sei. Er sagt voraus, dass seine Tochter ihn in vielen Jahren fragen werde, was er und seine Politikerkollegen getan haben, als Putin die Ukraine angriff. Er wolle ihr nicht antworten müssen, dass er still in Paris in seiner Blase gesessen und die üblichen Klischees aufgesagt habe.

Er bedankt sich bei den Vereinigten Staaten für ihre Bemühungen und bei Deutschland für seine Anprangerung des „Elefanten im Porzellanladen“ und fordert dazu auf, an die Ukraine zu denken, deren Volk massakriert werde. Europa stehe für eine Unterstützung von Hunderten von Millionen von Mitbürgern. Wird es mutig genug sein, um seine Rechte zu verteidigen?

Popescu fordert die Europäer dazu auf, bereit zu sein, langfristige Sanktionen zu verhängen, indem sie Russland sofort aus dem SWIFT-Bankensystem ausschließen. Er unterstreicht, dass die aktuelle Situation keine Wiederholung sei, sondern die laufende Geschichte. *(Applaus.)*

**Herr Athanasios Lioutas, Vertreter des Parlaments von Griechenland**, antwortet den Türken, dass die Türkei gegen das Recht eines ganzen Volkes verstoße, der Zypern.

Die heutige Konferenz, bemerkt er, befinde sich in einem dramatischen Kontext, in dem Russland alle internationalen Verträge verletze. Er leiste dem ukrainischen Volk Unterstützung und erklärt, dass der griechische Außenminister den Griechen in Mariupol mit einem Evakuierungsplan helfe.

Die verbündeten Länder haben die russischen Angriffe immer gemeinsam verurteilt. Ihre Reaktion müsse sehr starke Sanktionen gegen Russland beinhalten. Es müsse auf die tragischen Verletzungen des internationalen Rechts reagiert werden, die gegenüber einem europäischen Land begangen wurden, dessen territoriale Integrität bedroht sei. Die Sicherung der Energieunabhängigkeit müsse eine besondere Priorität sein.

**Der General der Luftstreitkräfte, Éric Autellet, Generalmajor der französischen Streitkräfte**, findet all diese Interventionen sehr beeindruckend. Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg, erinnert er. Es sei viel gearbeitet worden, um Strukturen anzupassen und zu entwickelten, damit die Europäer zum Handeln bereit seien. *(Applaus.)*

**Herr Jean-Dominique Giuliani, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Robert-Schumann-Stiftung**, ist der Meinung, dass die Emotionen auf allen Ebenen geteilt wurden. Es sei wichtig, der Zukunft entgegenzublicken, indem der Solidarität und Einheit der Europäischen Union Ausdruck verliehen werde. Die Europäer werden die Zukunft ihrer Völker und ihrer Länder gemeinsam gestalten. Und zwar in strategischer Autonomie, Unabhängigkeit und Freiheit, mit viel Enthusiasmus. *(Applaus.)*

**Frau Patricia Mirallès, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für nationale Verteidigung und Streitkräfte der Nationalversammlung, Vorsitzende**, bezeugt die Freude und Ehre, die ihr beim Vorsitz dieser Sitzung zuteil wurde. Das behandelte Thema gehe allen ans Herz, sagt sie, bevor sie damit schließt, dass wir heute, mehr als gestern und weniger als morgen, alle Ukrainer seien.

*Die Sitzung wird um 13:05 Uhr unterbrochen.*

- Vorsitz von Nathalie Loiseau, Vorsitzende des Unterausschusses „Sicherheit und Verteidigung“ des europäischen Parlaments -

*Die Sitzung wird um 15:30 Uhr wieder aufgenommen.*

**Zweite Sitzung – „Welche Maßnahmen ergreift die Europäische Union für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine?“**

**Frau Nathalie Loiseau, Vorsitzende des Unterausschusses „Sicherheit und Verteidigung“ des Europäischen Parlaments,** dankt allen Abgeordneten und Rednern für ihre Anwesenheit und drückt ganz besonders Frau Swetlana Tichanowskaja ihren Dank aus, die sich zur Vorsitzenden der belarussischen Exilregierung erklärt habe und gekommen sei, um von ihren Erfahrungen zu berichten. *(Applaus.)*

**Frau Swetlana Tichanowskaja, Anführerin der aus der Zivilgesellschaft hervorgegangenen Opposition in Belarus**, bedankt sich zunächst bei Präsident Larcher und der französischen EU-Ratspräsidentschaft für die Einladung.

Ihrer Ansicht nach sei es nicht übertrieben, wenn man sage, dass gegenwärtig die Zukunft Europas, der Ukraine sowie von Belarus auf dem Spiel stünden. Russland und das Regime von Alexander Lukaschenko führten gegen die Ukraine, aber auch gegen Europa, einen Angriff in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr dagewesenen Ausmaß. Der Angriff auf Kiew gleiche einer Sequenz aus einem Film, so schwer sei es, sich vorzustellen, dass sich im Jahr 2022 mitten in Europa Menschen in der U-Bahn verstecken müssten, um Bombenangriffen zu entgehen. Einige Menschen organisierten sich in Selbstverteidigungs­gruppen, darunter viele Belarussen, die aus ihrem Land geflohen seien.

Die Attacken gegen die Ukraine verletzen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. Der Präsident der Russischen Föderation erkenne weder die Souveränität noch die Nationalstaatlichkeit der Ukraine und von Belarus an. Er sei der Meinung, sie gehörten zu seinem Einflussbereich, worin sich seine überholte Denkweise zeige.

Frau Tichanowskaja bekräftigt, dass ihr Herz mit den Ukrainern schlage, die für ihr Land und für ganz Europa kämpften. Der russische Angriff sei ein Test: Nur wenn Europa verhindere, dass seine Nachbarn ohne Konsequenzen misshandelt würden, werde es triumphieren. Sollte Europa Putin in der Ukraine nicht stoppen, stehe er eines Tages vor den Toren von Berlin oder Paris.

Der Angriff auf die Ukraine wäre niemals möglich gewesen, wenn Lukaschenko sein Land nicht Russland zur Verfügung gestellt hätte. Die Hubschrauber, Flugzeuge, Panzer und anderen Einsatzfahrzeuge würden von Belarus aus auf ukrainisches Hoheitsgebiet vordringen. Es sei tatsächlich wesentlich schneller, über das besetzte Belarus nach Kiew vorzustoßen als von Russland aus.

Lukaschenko habe die Souveränität von Belarus auf Putin übertragen, nachdem dieser ihn im Jahr 2020 unterstützt und so sein Marionettenregime an der Macht gehalten habe. Lediglich 12 % der Belarussen seien der Ansicht, dass ihr Land Russland gegen die Ukraine unterstützen sollte, dennoch gebe es keine Massendemonstrationen. Und warum? Weil die Belarussen, die sich zu Wort melden könnten, inhaftiert oder aus ihrem Land geflohen seien. Mehr als 50.000 von ihnen würden gefangen gehalten, darunter auch der Ehemann der Rednerin, der zu einer Freiheitsstrafe von achtzehn Jahren verurteilt worden sei. Viele Medien oder Unternehmen seien ausgewiesen worden oder würden kontrolliert. In Belarus herrsche Angst.

Die Europäische Union habe neun Monate gebraucht, um eine erste Reihe von Sanktionen gegen die belarussische Regierung einzuführen. Dies sei mit großer Verspätung geschehen. Mangels einer echten Gegenreaktion, angesichts bloßer Verurteilungen, habe sich das Gefühl verstärkt, das Regime sei überhaupt nicht bestraft worden. Dabei sei der gesamte europäische Kontinent von der Russischen Föderation bedroht.

An diesem Sonntag müsse ein Referendum über den belarussischen Status der Neutralität und der nicht-nuklearen Streitkräfte stattfinden, während sich russische Truppen im Land befänden. Jeder müsse verstehen, dass Lukaschenko ebenso eine Bedrohung für den Frieden in Europa darstelle wie der Präsident der Russischen Föderation. Die Europäer müssten mutig und gemeinsam handeln, denn ihre größte Stärke sei ihre Solidarität. Diese müssten sie zum Ausdruck bringen.

Jeder müsse verstehen, dass man Diktatoren nicht umerziehen könne. Jeder Versuch, mit ihnen Frieden zu schließen, bestärke sie in ihrem Gefühl, nicht bestraft zu werden. Frau Tichanowskaja ruft die Europäer inständig dazu auf, die Regierung von Minsk nicht länger anzuerkennen, da diese über keine Legitimität verfüge und nicht im Einklang mit dem Gesetz stünde. Sie spricht sich für die stärksten und schnellsten Sanktionen aus, die möglich seien. Halbherzige Maßnahmen brächten keinen Erfolg.

Frau Tichanowskaja sagt, sie habe sich nach Abstimmung mit den demokratischen Kräften einverstanden erklärt, Belarus zu repräsentieren und eine Übergangsregierung zu bilden, um ihr Land zu demokratischen Wahlen und in die Unabhängigkeit zu führen. Lukaschenko erfülle seine Aufgabe als Verteidiger der Unabhängigkeit nicht. Der Wille des Volkes sei jedoch stärker als Bomben. Mit der Hilfe der Europäer würden sich Gerechtigkeit und Freiheit durchsetzen.

Frau Tichanowskaja bittet darum, die Ukraine und Belarus zu unterstützen und nicht die Diktatoren die Geschichte bestimmen zu lassen, da sie ihnen nicht gehöre. (Die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz erheben sich und spenden lange Beifall.)

**Herr Christian Cambon, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte des Senats**, verleiht Frau Tichanowskaja im Namen des Präsidenten des französischen Senats die Ehrenmedaille des Senats als Zeichen der Unterstützung im Kampf für Freiheit und Menschenrechte. *(Applaus.)*

Herr François Delattre, Generalsekretär im Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik, begrüßt die markanten Worte von Frau Swetlana Tichanowskaja. Ein Gipfel des Nordatlantikrats, an dem der französische Staatspräsident und der Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, Jean-Yves Le Drian, teilnehmen, sei in aller Dringlichkeit einberufen worden, um auf eine beispiellose Krisensituation zu reagieren. Die Mitglieder der französischen Versammlungen hätten die Botschaft des Staatspräsidenten zur Kenntnis genommen. Dass man dieses in der französischen Demokratie außergewöhnliche Verfahren angewandt habe, entspreche dem Ernst der Lage, die ebenfalls außergewöhnlich sei.

Trotz aller diplomatischen Bemühungen, die vorgenommen worden seien, habe sich Russland für Krieg entschieden und die Ukraine massiv militärisch angegriffen. Diese bewusste Entscheidung verstoße gegen alle Verpflichtungen, die von der russischen Regierung eingegangen und noch vor wenigen Tagen bekräftigt worden seien, und stelle eine eklatante Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Grundsätze der europäischen und internationalen Ordnung dar. Der französische Staatspräsident sprach von einem „Wendepunkt in der Geschichte Europas und unseres Landes“.

Indem Präsident Putin die Ukraine überfalle, mache er deutlich, dass der Krieg in massiver Weise auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt sei. Er greife die Grundfesten der europäischen Sicherheit und der internationalen Ordnung an, die seit 1945 in vielen kleinen Schritten aufgebaut worden seien.

Die Antwort der Europäischen Union und Frankreichs auf diesen Krieg bestehe in der Umsetzung drei sich ergänzenden Maßnahmen: Man werde der Ukraine und seinem Volk jede nur mögliche Unterstützung zuteilwerden lassen, für Russland die Kosten für diese Aggression durch die Verhängung von beispiellosen Sanktionen so weit wie möglich in die Höhe treiben und die Unterstützung für die Verbündeten verstärken, die sich an den östlichen Flanken befänden. In allen drei Bereichen stelle die Einigkeit der Europäer eine auffallende und seit Beginn der Krise konstante Tatsache dar.

Die Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine kämen konkret auf dreierlei Weise zum Ausdruck: Das zwischen der Europäischen Union und der Ukraine im Frühling 2014 unterzeichnete Assoziierungsabkommen stelle das ehrgeizigste und umfassendste Abkommen dar, das jemals zwischen der EU und einem östlichen Partnerland geschlossen worden sei. Mit 17 Milliarden Euro an Hilfen seit 2014 sei die Europäische Union damit der größte Geldgeber der Ukraine.

Die Staats- und Regierungschefs der EU, die am Abend des 24. Februar zu einer außerordentlichen Dringlichkeitssitzung des Europäischen Rates zu diesem Konflikt zusammengekommen seien, hätten erneut ihren Willen bekräftigt, die Ukraine zusätzlich zu unterstützen. Bei diesem Treffen sei eine wirtschaftliche Soforthilfe von 1,2 Milliarden Euro, an der sich Frankreich gebührend beteiligen werde, beschlossen worden. Hinzu komme die Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Fähigkeiten der ukrainischen Armee über die Europäische Friedensfazilität sowie eine Unterstützung der professionellen militärischen Ausbildung. Zudem gebe es Kontakte für eine Zusammenarbeit im Cyberspace und bei Materiallieferungen.

Auf der humanitären Ebene habe Kiew am 15. Februar die Aktivierung des Zivilschutz-Mechanismus der Europäischen Union beantragt und eine Liste mit dringend benötigten Gütern vorgelegt. Auf dieser Grundlage habe Frankreich am 24. Februar 33 Tonnen an Gütern auf den Weg gebracht und arbeite an der Versendung wichtiger medizinischer Hilfsgüter in den nächsten Tagen.

Der zweite Bereich der europäischen Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine betreffe die Sanktionen. Der außerordentliche Europäische Rat vom 24. Februar habe die Verabschiedung eines zweiten Sanktionspakets gegen Russland beschlossen, das zu den Maßnahmen hinzukomme, die am 22. Februar als Reaktion auf die Anerkennung der Unabhängigkeit der Separatistengebiete verabschiedet worden seien. Nie zuvor habe die Europäische Union Maßnahmen dieser Stärke gegen einen Staat verabschiedet und nie zuvor habe sie dabei so schnell gehandelt. Die Maßnahmen beträfen die Sektoren Finanzen, Energie und Transport sowie Güter mit doppeltem Verwendungszweck, zudem die Kontrolle und Finanzierung von Exporten und Visa. Weitere Maßnahmen würden über ein sechstes Sanktionspaket im Übrigen gegen das belarussische Regime ergriffen.

Die transatlantische Einheit und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO stellten ebenfalls ein starkes Signal an Wladimir Putin dar. An diesem Tag würden wichtige Entscheidungen getroffen, an denen Frankreich seinen vollen Anteil haben werde. Präsident Macron kündigte insbesondere an, das französische Militär in Estland zu verstärken und die Stationierung in Rumänien zu beschleunigen.

Herr François Delattre drückt gegenüber Frau Swetlana Tichanowskaja noch einmal die volle Solidarität Frankreichs mit dem belarussischen Volk und seinem Streben nach Demokratie aus. Frankreich fühle sich mehr denn je der Souveränität und Unabhängigkeit von Belarus verpflichtet. Dass das Regime von Alexander Lukaschenko bei der Invasion der Ukraine durch Russland die Rolle eines Komplizen eingenommen und damit internationales Recht und gültige Verträge missachtet habe, markiere einen neuen Abschnitt bei der Unterwerfung Lukaschenkos gegenüber Russland.

Der französische Staatspräsident habe im Anschluss an den Europäischen Rat vom 24. Februar erklärt: „Europa hat keine andere Wahl als mächtig zu werden.“ Frankreich werde keine Mühen scheuen, um die große Herausforderung unserer Generation zu bewältigen. *(Applaus.)*

Frau Laure Delcour, Lehrbeauftragte an der Universität Sorbonne Nouvelle und *Visiting Professor* am Collège d’Europe in Brügge, möchte auf die Unterstützung der Europäischen Union für die territoriale Integrität der Ukraine seit 2014 zurückkommen und die Lehren untersuchen, die daraus für die jetzige Zeit gezogen werden können.

Seit acht Jahren habe die Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine durch die Europäische Union aus drei sich ergänzenden Maßnahmen bestanden. Die erste dieser Maßnahmen sei die Neudefinition der Beziehungen mit Russland gewesen, insbesondere durch die globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union von 2016, in der Russland als strategische Herausforderung bezeichnet worden sei. Auf diese Herausforderung habe die Europäische Union geantwortet, indem sie ihre Verbindungen zu Moskau nach den fünf im März 2016 definierten Leitprinzipien überprüft habe, wovon das erste gelautet habe, dass die Verbindungen mit Russland nur verändert werden könnten, wenn die Vereinbarungen von Minsk umgesetzt würden. Die zweite Maßnahme zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine bestehe in der massiven Förderung des Wiederaufbaus des ukrainischen Staates durch den Anstoß von Reformen zur Stärkung des demokratischen Regierungshandelns und der Stabilität gewesen. Schließlich habe noch ein Nachdenken über die strategische Autonomie der Europäischen Union stattgefunden, das nach der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass wichtiger erschienen sei als je zuvor.

Der aktuelle Einfall in die Ukraine bestätige die Relevanz dieser drei Maßnahmenpakete und mache zugleich ihre Überprüfung nötig.

Die von der Europäischen Union seit 2014 eingesetzten Mittel spiegelten den umfassenden und langfristigen Charakter ihres Ansatzes wider. Durch die im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) beschlossenen Missionen, insbesondere die Beratung der inneren Sicherheitskräfte der Ukraine, sei das Land bei der Reform seiner Institutionen unterstützt worden.

Die 2014 gegen Russland verhängten Sanktionen hätten darauf abgezielt, die Position Europas zur Frage der territorialen Integrität der Ukraine und der Beziehungen zu Moskau zu bekräftigen. Obwohl diese Frage aufgrund der ganz unterschiedlichen Beziehungen, welche die Mitgliedstaaten mit Russland unterhalten hätten, sehr komplex gewesen sei, hätten sich die Europäer ab 2014 auf eine eindeutige Position verständigt, die das russische Handeln entschieden verurteilt habe. Seit acht Jahren seien der Zusammenhalt und die Einheit der Europäischen Union bei der Verhängung von Sanktionen beständig gewesen. In dieser Hinsicht hätten die Sanktionen ihren Zweck erfüllt. Was ihre abschreckende Wirkung angehe, seien sie jedoch gescheitert, da sie die russische Regierung nicht zu einer Änderung ihres Verhaltens bewegt hätten.

Wahrscheinlich bleibe der Zusammenhalt der Europäischen Union bestehen bzw. werde durch die Brutalität des russischen Angriffs noch gefestigt, aber die in dieser Woche beschlossenen Sanktionen seien ohne Zweifel nicht ausreichend, um kurzfristig eine abschreckende Wirkung auf die russische Regierung zu entfalten. Es sei jedoch gerechtfertigt, auf den langfristigen Charakter des europäischen Handelns hinzuweisen. Es biete in der Tat eine andere Lösung als das Vorgehen der russischen Regierung in der Ukraine sowie, in einem umfassenderen Sinne, im postsowjetischen Raum. *(Applaus.)*

Herr Andrej Černigoj, Vertreter der Nationalversammlung von Slowenien, vertritt die Ansicht, dass die Androhung von Sanktionen durch die Europäische Union nicht ausreiche. Die Union müsse umgehend ihre Truppen in den Nachbarstaaten und im Luftraum über der Ukraine verstärken. Der Sicherheitsrat und die Nationalversammlung der Vereinten Nationen müssten zudem Blauhelme in die Nähe der ukrainischen Grenze entsenden, um den Flüchtenden zu helfen. Schließlich müsse die Europäische Union einen militärischen Verband aufstellen, der bereit sei einzugreifen, falls Russland es schaffen sollte, Kiew einzunehmen.

Dennoch würde dadurch der Krieg nicht gestoppt. Man müsse sich an Chamberlain erinnern. Die Situation auf dem Westbalkan dürfe nicht vergessen werden. Der Schrecken dürfe nicht wieder beginnen. Auch wenn sich nicht verhindern lasse, dass es Opfer gebe, sei schnelles Handeln eine Garantie für die Begrenzung von Verlusten. *(Applaus.)*

Herr David Stögmüller, Vertreter des Nationalrats von Österreich, unterstreicht die Bedeutung eines Konsenses innerhalb der Europäischen Union bezüglich eines Ausschlusses Russlands aus dem Swift-System.Man müsse auch an die jungen Ukrainerinnen und Ukrainer denken, die mit der Hoffnung auf ein freies Leben aufgewachsen seien, denn dieser Traum sei ihnen gewaltsam genommen worden. Die Europäische Union müsse ihnen diese Aussicht zurückgeben. Sie stehe an der Seite der Ukraine und verspreche ihr eine freie und souveräne Zukunft. Dies dürfe in keiner Weise in Frage gestellt werden, und sicher nicht von Wladimir Putin. *(Applaus.)*

Herr George Koukoumas, Vertreter des Repräsentantenhauses von Zypern, sieht die russische Intervention in der Ukraine als verwerflich an. Es handele sich um einen gewaltsamen Akt, der gegen internationales Recht und die Souveränität der Ukraine verstoße. Man müsse an die Zivilisten denken, die den Bombardements ausgesetzt seien. Es sei aber auch geboten, die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union zu stärken. Die gegen Putin beschlossenen Maßnahmen müssten auch gegen andere autoritäre Regime in Europa gelten, insbesondere gegen die Regierung von Erdoǧan, der den Handel mit Waffen fortsetze. Man dürfe nicht mit zweierlei Maß messen. Vorrangig sei, zur Sicherheit und zum Wohle aller zum Dialog und zum Frieden zurückzufinden.

Herr Rasmus Nordqvist, Vertreter des dänischen *Folketing* weist auf die Wichtigkeit humanitärer Maßnahmen hin. Die ersten Ziele in einem Krieg seien Kinder, Minderheiten und vulnerable Gruppen. Die Europäer müssten sich dessen bewusst sein und dies bei ihren humanitären Maßnahmen bedenken – jetzt sofort, aber auch, wenn der Konflikt einmal beendet sei. *(Applaus.)*

Frau Ana María Botella Gómez, Vertreterin des Abgeordnetenkongresses von Spanien, bekundet ihren Stolz über den Besuch einer Delegation des Europäischen Parlaments in der Ukraine, der von Herrn David McAllister und Frau Nathalie Loiseau angeführt worden sei. Die Abgeordneten müssten sich in der Nähe der Bürger befinden, insbesondere, wenn diese großem Leid ausgesetzt seien. Damit die Europäische Union glaubwürdig sei, müsse sie sich eine Sicherheits- und Verteidigungsstruktur geben. Dies zeigten die Beispiele Libyen und Sahel. Manchmal müsse man vor Ort handeln und auf die NATO zurückgreifen. Es müssten zusätzliche Fähigkeiten mobilisiert werden. Die Europäische Union müsse der Ukraine helfen und hierzu alle Mittel verwenden, die ihr zur Verfügung stünden. *(Applaus.)*

Herr Léon Gloden, Vertreter der Abgeordnetenkammer von Luxemburg, stellt fest, dass Russland den Weg der Demokratie verlassen habe. Das Großherzogtum Luxemburg verurteile den gegen die Ukraine geführten Krieg mit Entschiedenheit und wiederhole seine Unterstützung des ukrainischen Volkes. Die Europäische Union müsse sich die nötigen Mittel und Strukturen geben, um eine europäische Armee aufzustellen. Es sei Zeit zu agieren, anstatt nur zu reagieren. *(Applaus.)*

Frau Ana Miguel dos Santos, Vertreterin der portugiesischen Versammlung der Republik, weist darauf hin, dass die Invasion der Ukraine durch Russland eine Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität ganz Europas darstelle. Europa könne nicht passiv bleiben oder sich damit begnügen, Drohungen auszusprechen. Es müsse handeln, so schnell und so entschlossen wie möglich, bevor es zu spät sei. *(Applaus.)*

Herr Niklas Karlsson, Vertreter des schwedischen *Riksdag,* schließt sich dem an: Es sei Zeit zu handeln. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssten sich in ihrer Unterstützung der Ukraine einig sein. Die Invasion des Landes sei nicht provoziert worden, sie sei gesetzeswidrig. Man müsse an der Seite der Ukraine und im Namen der europäischen Solidarität handeln. Die Sanktionen müssten schnell umgesetzt werden und geeignet sein, die russische Wirtschaft zu destabilisieren. Die Europäische Union müsse sich entschlossen zeigen zu kämpfen, um ihre Grundwerte und ihre Art zu leben zu verteidigen. *(Applaus.)*

Nach Ansicht von Herrn Alekos Tryfonides, Vertreter des Repräsentanten­hauses von Zypern, erfordere es die Situation der Ukraine, dass sich die Europäische Union rasch darüber klar werde, wie sie sich auf internationaler Ebene positioniere. Europa müsse schnell entscheiden, welcher Akteur sie werden wolle. Sie könne nicht passiv dabei zusehen, wie das ukrainische Volk leide, sondern müsse die sich jetzt bietende einzigartige Gelegenheit ergreifen, eine echte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen, die eine Gewähr für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten biete. *(Applaus.)*

Herr Iñigo Barandiaran, Vertreter des Abgeordnetenkongresses von Spanien, merkt an, dass sich die Situation von Stunde zu Stunde ändere und dass daher auch die Antworten, die man auf sie geben könne, zwangsläufig stark variierten. Es stelle sich die Frage, welche Entscheidungen die ukrainischen Institutionen treffen würden und welche Realität das ukrainische Volk kennen werde, wenn die russischen Truppen die derzeitige ukrainische Regierung absetzten. Die Situation sei schwierig und die Union gezwungen zu handeln. *(Applaus.)*

Herr Enrico Aimi, Vertreter des italienischen Senats, unterstreicht die Notwendigkeit, den Weg der strategischen Autonomie einzuschlagen. Die Europäische Union müsse eine Supermacht werden, indem sie ihre Interessen ebenso verteidige wie die Vereinigten Staaten und China und dabei ihre jüdisch-christlichen, griechischen und römischen Wurzeln nicht vergesse, ebenso wenig wie die Grundsätze des Friedens und der Freiheit, die ihre Völker bewegten. Um dies zu erreichen und angesichts des regelrechten europäischen Bürgerkriegs, der sich heute anspiele, nicht seine Bedeutung zu verlieren, sei eine Autonomie im Militär- und Energiesektor unerlässlich. *(Applaus.)*

Frau Beatriz Gomes Dias, Vertreterin der portugiesischen Versammlung der Republik, bekundet, dass ihr Land diesen imperialistischen Konflikt und die Invasion der Ukraine ablehne, und unterstreicht, wie wichtig es sei, an die Einwohner dieses Landes zu denken. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, um die ukrainischen Flüchtenden in Europa zu schützen und die Menschenrechte zu verteidigen. Man müsse alle Möglichkeiten in Betracht ziehen, um das Leid der Ukrainer zu lindern und sie zu beschützen. *(Applaus.)*

Herr Gerard Craughwell, Vertreter des Senats von Irland, hält es für notwendig, die Anzahl und den Einfluss der russischen Diplomaten in den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten zu reduzieren, denn was gerade geschehe, sei inakzeptabel. Die Europäische Union habe keine Angst vor Wladimir Putin, da ihre Mitgliedstaaten zusammen stark seien. *(Applaus.)*

Herr Juan Antonio Delgado Ramos, Vertreter des Abgeordnetenkongresses von Spanien, betont die starke Unterstützung der Ukrainer durch Spanien. Die Europäische Union müsse sich die zu ergreifenden Maßnahmen jenseits von Verurteilungen und Wirtschaftssanktionen genau überlegen, denn Europa müsse Akteur seiner Gegenwart und Zukunft sein. Die Vereinten Nationen müssten ebenfalls eine bedeutende Rolle spielen, denn die Diplomatie dürfe nicht aufgegeben werden. Schließlich müsse Europa humanitäre Korridore einrichten, jedoch dürften sich die dabei in Syrien begangenen Fehler nicht wiederholen. *(Applaus.)*

Herr Akif Çağatay Kiliç, Vertreter der großen Nationalversammlung der Türkei, stellt fest, dass seit Beginn dieses Treffens eine starke Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck gebracht worden sei und dass Anstrengungen unternommen worden seien, um in angemessener Weise auf die Situation zu reagieren. Herr Akif Çağatay Kiliç, der aus Sarajevo nach Paris gekommen sei, erinnert daran, dass man die Ereignisse der Vergangenheit nicht vergessen dürfe. Nichts sei beendet. Man dürfe weder die Worte seiner Feinde vergessen noch das Schweigen seiner Freunde.

Europa definiere sich nicht durch eine Überzeugung oder eine Kultur. Die Frage, die sich zwischen der Türkei und Zypern stelle, bleibe bestehen. Herr Akif Çağatay Kiliç fragt sich, wie viele russische Banken im zypriotischen Teil der Insel auch weiterhin ihren Geschäften nachgingen.

Herr Özgür Ceylan, Vertreter der großen Nationalversammlung der Türkei, bemerkt, dass die Welt angesichts der russischen Invasion der Ukraine und dem Schrei, den das ukrainische Volk ausgestoßen habe, nicht schweigen dürfe. Die Abhängigkeit von Öl und Gas stelle eine Gefahr dar, hingegen könnten die erneuerbaren Energien eine große Chance für die Zukunft der Welt sein. Herr Özgür Ceylan verurteilt im Übrigen die Äußerungen der zypriotischen Abgeordneten, denn es gebe keine Ähnlichkeit zwischen dem, was heute in der Ukraine passiere, und der Situation auf Zypern. Die Türkei habe der Insel den Frieden gebracht. Wenn man dieses Thema bei einem so wichtigen Treffen wie dem heutigen anspreche, so stelle dies einen Mangel an Aufrichtigkeit dar.

Herr Tobias Elwood, Vertreter des Unterhauses des Vereinigten Königreichs, merkt an, dass es im 21. Jahrhundert undenkbar erschienen sei, russische Truppen in die Hauptstadt eines fremden Landes, wie zum Beispiel nach Kiew, eindringen zu sehen. Die Spielregeln hätten sich geändert. Es gebe Kampagnen der Desinformation. Die Duma befürworte die Handlungen Putins. Was die Sicherheit der Europäischen Union angehe, so stellten sich gewichtige Fragen. Die NATO stelle den einzigen Trumpf dar, der das Blatt wenden könne. Diese Option sei jedoch nicht genutzt worden. Derzeit bestehe die einzige Möglichkeit darin, Waffen und Materialien an das ukrainische Volk zu liefern und eine neutrale Zone zwischen Kiew und dem Rest der Europäischen Union ins Auge zu fassen.

Die Europäische Union verfolge passiv die Ereignisse, erweise sich jedoch als unfähig, auf sie Einfluss zu nehmen. Was im Moment geschehe, gehe über die Ukraine hinaus. Die europäische Lebensweise werde in Frage gestellt. Nach Jahrzehnten relativen Friedens sei Europa in eine neue Ära der Instabilität eingetreten. Die europäischen Länder müssten zusammenarbeiten, um die Herausforderung anzunehmen, vor die sie Wladimir Putin gestellt habe. Die beginnende Allianz zwischen Russland und China könnte die Richtung, in die sich die globale Sicherheit bewegt, vollständig verändern.

**Frau Swetlana Tichanowskaja, Anführerin der aus der Zivilgesellschaft hervorgegangenen Opposition in Belarus,** drückt ihre Dankbarkeit dafür aus, nach Paris eingeladen worden zu sein, um im Namen des belarussischen Volkes das Wort zu ergreifen. Wie alle Redner unterstütze sie die Ukraine angesichts der russischen Invasion.

Nach Ansicht von Frau Tichanowskaja, dürften die nächsten Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien nicht in Minsk stattfinden, denn das belarussische Regime sei zusammen mit Russland ein kriegerischer Aggressor. Die Europäische Union müsse sich geschlossen und mutig zeigen, um die Ukraine zu unterstützen. Zum Ende ihres Redebeitrags dankt sie der Versammlung und wünscht Belarus, der Ukraine und Europa ein langes Leben. (Applaus.)

Nach Meinung von **Herrn François Delattre,** Generalsekretär im Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik, der die Debatte zusammenfasst, hätten alle Redner ihre Solidarität mit der Ukraine bekräftigt, unverblümt die russische Aggression verurteilt und zu einer Stärkung der Rolle der Europäischen Union bei Diplomatie und Verteidigung aufgerufen. Die französische Diplomatie unterstütze diese drei Leitlinien. Frankreich freue sich über den im Bereich Verteidigung und europäische Sicherheit festgestellten Fortschritt – dies sei im Übrigen auch das Ziel des Strategischen Kompasses der Europäischen Union. Auch die Autonomie der Europäischen Union im Energiesektor stelle eine wichtige Herausforderung dar. Sie müsse geduldig aufgebaut werden.

Herr Delattre weist darauf hin, dass Frankreich im Rahmen der Vereinten Nationen und der G7 den Versuch unternehmen werde, seine Partner auf der ganzen Welt zu überzeugen, die russische Aggression zu verurteilen. Zudem sollte man hinsichtlich eventueller Interventionen Russlands in Bosnien, der Republik Moldau und Georgien, aber auch in Mali wachsam sein. Europäische Einigkeit und Solidarität seien keine leeren Worte. Diesen Worten müssten von nun an Taten folgen. (Applaus.)

**Frau Laure Delcour,** Lehrbeauftragte an der Universität Sorbonne Nouvelle und *Visiting Professor* am Collège d’Europe in Brügge, glaubt, dass dieser Konflikt über seine bewegenden humanitären Aspekte hinaus einen historischen Wendepunkt darstelle, der Europa und die Welt in den nächsten vierzig Jahren prägen werde. Sie sieht es als notwendig an, die europäische Einigung in den Bereichen Verteidigung, Energie und Migration zu vollenden. Die Europäische Union müsse auf internationaler Ebene vollständig autonom werden.

Frau Delcour fragt sich, welche Ziele Russland mit dem Einmarsch in die Ukraine verfolge: Solle das Land vernichtet oder besetzt werden? Man müsse in jedem Fall auch in den anderen Ländern des postsowjetischen Raums sowie in den Westbalkanstaaten wachsam sein.

Mit diesem Konflikt gehe zweifellos ein dauerhafter, wenn nicht endgültiger Bruch mit der russischen Regierung einher. Dennoch müssten die Verbindungen mit der russischen Gesellschaft, insbesondere Nichtregierungsorganisatoren, aber auch Studierenden, die im Augenblick in Moskau und Sankt Petersburg gegen die Invasion der Ukraine protestierten, aufrechterhalten werden. Es sei notwendig ihnen zu helfen, das Russland von morgen aufzubauen. (Applaus.)

**Herr David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments,** dankt den französischen Abgeordneten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Senats und der Nationalversammlung herzlich für die Organisation dieser Konferenz. Das Treffen habe angesichts der Ereignisse eine sehr eigene Grundstimmung gehabt und werde allen Teilnehmenden lange im Gedächtnis bleiben.

Er äußert den Wunsch, die Abgeordneten genauso zahlreich bei der nächsten interparlamentarischen Konferenz, welche vom 4. bis 6. September in Prag stattfinden werde, in einer Präsenzveranstaltung wiederzusehen. *(Applaus.)*

**Herr Joël Guerriau, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte des Senats der Französischen Republik,** bittet um Entschuldigung für die Abwesenheit von Herrn Christian Cambon und Herrn Jean-Louis Bourlanges, die sich noch beim Premierminister befänden, um eine zukünftige Parlamentsdebatte über die Ukrainefrage vorzubereiten.

Herr Guerriau sagt, er habe sich sehr gefreut, seine europäischen Kolleginnen und Kollegen einmal persönlich kennenzulernen. In der Tat sei diese Art eines Treffens in den vergangenen zwei Jahren nicht möglich gewesen; dank eines gemeinsamen Sieges gegen Covid-19 habe es jedoch stattfinden können. Heute, nach der Aggression gegen die Ukraine, müsse man in der gleichen Weise auch den Totalitarismus besiegen.

Herr Cambon habe Kontakt mit mehreren ukrainischen Abgeordneten aufgenommen, die sich auf den Kampf vorbereiteten. Ihr Mut verdiene Bewunderung. Sie hätten um Ausrüstung, finanzielle Unterstützung sowie den Ausschluss Russlands aus dem Swift-Zahlungssystem gebeten. Sie befürchteten die Einsetzung einer prorussischen Marionettenregierung, die bewirke, dass es keine freie und demokratische Ukraine mehr gebe.

Herr Guerriau erinnert an Worte von Georges Clemenceau, der den französischen Senat insbesondere während des Ersten Weltkriegs geprägt habe: „Um eine Entscheidung zu treffen, brauche man eine ungerade Anzahl von Personen, und drei sind bereits zu viel.“ Er freue sich, dass alle Abgeordneten der verschiedenen europäischen Länder heute mit einer Stimme gesprochen hätten. Nicht nur die Ukraine werde bedroht, die Demokratien der europäischen Union seien ebenfalls gefährdet. Die Werte Europas wie der Humanismus und die freie Meinungsäußerung müssten verteidigt werden. Alle Teilnehmenden an diesem Treffen wünschten sich, dass die Demokratie fortbestehe, in der Ukraine wie auch in ganz Europa. (Applaus.)

**Frau Nathalie Loiseau, Vorsitzende des Unterausschusses „Sicherheit und Verteidigung“ des Europäischen Parlaments,** schließt sich den Danksagungen von Herrn David McAllister an den Senat und die Nationalversammlung an.

Alle Redner hätten Einigkeit demonstriert und ihre Solidarität mit der Ukraine ausgedrückt. Europa müsse endlich eine Sprache der Stärke sprechen und Respekt für seine demokratischen Werte einfordern. Die nationalen und europäischen Abgeordneten leisteten ihren Beitrag zu dieser Arbeit. Am Dienstag, den 1. März werde der Situation in der Ukraine eine außerordentliche Plenarsitzung gewidmet. (Applaus.)

Die Sitzung wird um 16:45 Uhr geschlossen.